

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift, Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Russlands 2,50 Mk. monat. Einzeln. in der Post-Bekanntg. Preisliste für 1894 unter Nr. 6919

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigung und Versammlung-Kosten 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1808. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. April 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Von Polen.

„Abel verpflichtet.“ Wer zweifelt daran, der die Geschichte des Junkertums kennt? Ist es nicht ein glänzendes Zeugnis nobelster Gesinnung, wenn ein Abgeordneter, dessen Mandat von der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärt worden ist, sich trotzdem nicht scheut, noch ferner dieses Mandat, das thatsächlich kassirt ist, noch ferner auszuüben?

Ein „Edelster und Bester“, der so handelt, weiß genau, was sich gesieht. Zwar ist seine Wahl null und nichtig, zwar ist er wider Zug und Recht im Parlament. Thut nichts, er kämpft weiter für Gott, Brotvertheuerung und Volksempowerung.

Der Amtshauptmann von Polen in Plauen, der den XXIII. Wahlkreis des Königreichs Sachsen vertritt, hat, nachdem die Kommission seine Wahl für ungültig erklärt hat, trotz alledem den nicht beneidenswerthen Muth gehabt, sich als Parlamentsmitglied zu geriren. Er hat für die Marineforderungen der Regierung und gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag munter in den namentlichen Abstimmungen mitvotirt. Soeben ist nun der von unserem Genossen, dem Abgeordneten Kuer erstattete Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des von Polen erschienen. Es verlohnt sich, auf diesen Bericht näher einzugehen, da er urkundlich zeigt, wie's gemacht wird.

Die am 15. Juni 1893 stattgehabte Wahl ergab kein endgiltiges Resultat. Es wurden von 30 754 Wahlberechtigten 23 868 Stimmen abgegeben, von denen auf von Polen 10 567, auf unseren Genossen Albin Gerisch 9277, auf den Deutschfreisinnigen Kirbach 3961 Stimmen fielen. Die übrigen waren zerplittert oder ungültig. In der am 21. Juni anberaumten Stichwahl erhielten von Polen 12 766 und Gerisch 12 052 Stimmen; von Polen wurde demnach mit einer Mehrheit von 714 Stimmen als gewählt verkündet.

Ein von dem sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitee im 23. sächsischen Wahlkreise rechtzeitig eingelegter Wahlanspruch richtete sich ausschließlich gegen Vorgänge bei der Stichwahl. Danach handelte es sich um ungesetzliche Beschränkung oder Verhinderung der Agitation durch Verbot der Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln; um Verbote von Wählerversammlungen; um Unregelmäßigkeiten beim Wahlgeschäft und unzulässige Wahlbeeinflussungen.

Es sei zum besseren Verständnis der Sachlage hier gleich hervorgehoben, daß der Edle von Polen, der Kandidat des sächsischen Ordnungsbreits, in dem Wahlkreis kandidirte, wo er Amtshauptmann war, also einen sehr großen amtlichen Einfluß besaß. Die Freiheit seiner Kampfesweise tritt dadurch in um so hellere Beleuchtung. Oder ist es nicht ein Schauspiel für Götter, wenn der Amtshaupt-

mann von Polen durch amtliche Maßregeln die Wähler zu gunsten des Kandidaten von Polen beeinflusst? Behörde und Kandidat sind hier wirklich Ein Herz und Eine Seele.

Daß die Sächser sich vor allen anderen Bundesstaaten durch ihre sinnige Auslegung und Ansnützung der Gesetze und durch ihre Fingigkeit in der liebevollen Behandlung der Sozialdemokraten auszeichnen, ist männiglich bekannt. So kann es auch nicht Wunder nehmen, daß der Amtshauptmann v. Polen um reichsgesetzliche Vorschriften nicht sorgt, wenn der Reichstagskandidat v. Polen auf dem Kriegspfade ist. Er verbietet im Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Plauen die Verbreitung von Flugchriften und Stimmzetteln während der Zeit des Hauptwahltages, des 15. Juni's, bis zur Verkündung des Stichwahltages, des 19. Juni's. Jede Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln wird ganz allgemein verboten. Ein zweites Verbot vom 19. Juni wendet sich gegen die nicht gewerbsmäßige, öffentliche Verbreitung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. Was scheint der § 43 der Gewerbe-Ordnung einen sächsischen Amtshauptmann, der in seinem Bezirke für den Reichstag kandidirt? Zwar ist's ein schwerer Eingriff in die gesetzlich gewährleistete Agitationsfreiheit, wie der Bericht-erstatler nachweist, doch das thut nichts. Die Zahl der Wähler, die von der Wahlurne am Stichwahltag fernblieben, ist doppelt so groß, als die auf Polen gefallene Mehrheit; denn es sind 1415 Wähler am Stichwahltag daheimgeblieben. Man vergesse nicht, daß es der Amtsbezirk des von Polen ist, für den die zwei Klase erlassen worden sind, die dem Gesetze ins Gesicht schlagen, daß hier gerade die unteren Behörden, Polizisten, Gendarmen, Schulzen u. s. w. den allergrößten Eifer entfalten haben, um dem Verbote Geltung zu verschaffen. Der § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung besagt (in den Absätzen 3, 4, 5, 6): „Zur Verbreitung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlates nicht erforderlich. Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbsmäßigen Verbreitung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. In geschlossenen Räumen ist zur nicht-gewerbsmäßigen Verbreitung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich.“ Amtsgericht und Landgericht haben übrigens mehrere Genossen, die trotz des Verbots verbreitet und Strafbefehle erhalten hatten, freigesprochen.

Es kommt ferner in Betracht, daß nach dem Gesetze vom 12. März 1884 Stimmzettel, die im Wege der Verweilfähigkeit hergestellt sind und nichts weiter enthalten, als die Bezeichnung der zu wählenden Person, als Druckschriften im Sinne des Gesetzes

überhaupt nicht anzusehen sind. Träfen also auch alle Voraussetzungen der polenischen Verbote zu, was nicht der Fall ist, da sie durchaus ungesetzlich sind, so müßte das Verbot der öffentlichen und nicht-öffentlichen Verbreitung von Stimmzetteln allein schon genügen, um die Wahl zu kassiren.

Die Kommission wie das Plenum des Reichstags haben von jeher daran festgehalten, daß die Verbreitung von Stimmzetteln in voller Freiheit vor sich gehen müsse. Jede erwiesene Beschränkung in dieser Hinsicht wurde bisher stets als erheblich behandelt und es wurden in dem Sinne gegebenen Falles Schlüsse gezogen. In diesem Geiste wurde auch das Gesetz vom 12. März 1884 beschlossen. Wenn deshalb durch die Verbote bis zur Bekanntgabe des Stichwahl-tages die Verbreitung von Stimmzetteln überhaupt und von da ab bis zum Stichwahltag die öffentliche Verbreitung von Stimmzetteln verboten wurde und die sozialdemokratischen Agitatoren, wie der Protest unter Beweis stellt und sich aus den beigefügten Strafbefehlen ergibt, an der Verbreitung von Stimmzetteln durch die Gemeinde-Organe behindert, mit Verhaftung bedroht und in Geldstrafen genommen wurden, so liegt hier, sagt der Kommissionsbericht, ein Verstoß gegen klare gesetzliche Bestimmungen und eine grobe Vereinträchtigung der gesetzlich gewährleisteten Agitationsfreiheit vor.

Der in der Kommission erhobene Einwand, das Verbot gelte ja für alle Parteien, ist rein akademisch. Denn wäre das wirklich der Fall, um so schlimmer. Aber die Rechtsverletzung traf in Wirklichkeit — das war ihre Absicht und ihre Wirkung — nur die verhassten Sozialdemokraten, die in dem ganzen Wahlkreis keine einzige Zeitung besaßen und nur auf Flugchriften angewiesen waren, während die um Polen die ganze dortige Presse und vor allem die Amtsblätter zur freien Verfügung hatten. Ein Beispiel! In dem Amtsblatt, das die Polen-Klase veröffentlicht hat, im „Voigtländischen Anzeiger“, befindet sich im amtlichen Theil unmittelbar nach der Bekanntmachung des Stichwahl-tages die Wiederholung des Verbotes der öffentlichen Verbreitung von Stimmzetteln und Flugblättern, während in nicht-amtlichen Theile derselben Nummer neben einem Leitartikel gegen unsere Partei und für die Wahl des v. Polen ein eine ganze Blattseite einnehmender Wahlausruf zu gunsten der Wahl des Amtshauptmanns steht.

Wie wichtig es für unsere Partei war, Flugblätter ausgiebig zu verbreiten, geht daraus hervor, daß die Leitung der freisinnigen Volkspartei in Plauen, die im ersten Wahlgange 3961 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt hatte, eine Erklärung gegen die Wahl des von Polen veröffentlicht hatte. Es war natürlich von höchstem Interesse für die sozialdemokratische Partei, daß diese Erklärung als Flugblatt verbreitet wurde angesichts der großen Zahl deutschfreisinniger Wähler, bei denen die Entscheidung lag. So ist in Plauen gewirksam geworden.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Wad're Fremde und treue Thiere halten sichern Schritt bis ans Ende!“ erwiderte der Fremde, die Sache ernster nehmend: „Sie sollen sein ein treuer Stecken und Stab, der nimmer bricht, als im letzten Ständlein. Wort und Gehorsam sollen ewig sein. Der Freund, in dessen Schooß ich nicht sicher ruhen kann — der Gaul, der durch Trägheit oder Scheu mein Leben in Gefahr bringt — sie gelten mir nichts mehr. Darum fresse dieser abgedankte Träger das Gnadenbrot, so lange er will. Er verkrümmere aber unter dem Troß.“

„Ihr seid ein seltsamer Mensch!“ lachte Gerhard: „Um des bishens Abwerfens willen! Du lieber Himmel! Mein Roland ist mir um das Reich nicht feil, aber abgesetzt hat er mich dennoch oft, nur nie, wo's Ernst galt. Rugeit man auch ein wenig in den Staub, was thut's, so lange die Rippen halten? Ist Euch doch nichts mehr nichts weniger begegnet, als dem heiligen Vater erst vor kurzem, da er über den Arlberg gen Costniz zog, und sein Fuhrwerk umschlug.“

Der Fremde brummte ein etwas unwilliges „Om!“ ergriff den Bügel seines Rappens und zog ihn, langsam vorwärts, nach sich. Dagobert hatte die beiden andern Pferde herbeigebracht, und alle drei gingen, der Fremde in der Mitte, auf die Stadt los, die Thiere führend. Gerhard, der ungern seinem Will Hessele anlegte, war er einmal im Zuge, schwatze weiter im Terte: „Wie Ihr so straff und aufrecht daher schreitet lieber Herr! Euch kümmert's nicht,

ob dieser Fall ein böses Omen gewesen oder nicht. Doch Se. Heiligkeit ist furchtsamer gewesen, und es dürfte leicht geschehen, daß sie recht hatte, als sie auf dem Arlberg ausrief: Was hat es zu bedeuten, daß uns der Unfall widerfuhr? Gott lenke es zum Guten!“

„Und lehre Dich schmeigen, aberwichtiges Schnepfermaul!“ plätkte der Fremde los, der, als die Rede wieder vom Papste ankob, die Stirne gehässig gerunzelt hatte: „Verpötte nicht das Haupt der Christenheit, oder...!“

Er schwang den Handschuh der linken Faust drohend gegen den bestürzten Gerhard, schien aber weniger Lust zu haben, ihm denselben vor die Füße zu werfen, als uns Gesicht zu schlagen. Hülshofen griff nach dem Schwertknäuf; Dagobert jedoch, der schnell auf seine Seite gesprungen war, flüsterte ihm zu: „Sieh Ruhe, Kaufbold! willst Du Dich ins Verderben bringen? Wir sind innerhalb dem Weichbilde der Stadt. Du bist dem Blutbaun verfallen, so Du ziehst.“

Dem schlagfertigen Gerhard fiel das strenge Konziliums-gesetz ein, und murrend ließ er die Klinge ruhen, einigen Schimpfworten Lust machend und den Fremden mit drohenden Blicken messend. Dagobert drängte sich zwischen Beide. „Ihr mögt sein, wer Ihr wollt“, begann er zu dem Fremden, „so bitte ich Euch, Friede zu halten. Ein Schwank soll nicht mit Blut gesühnt werden, und wenn drei unbedeutende Menschen wie wir zum Schwert greifen, einen tollen Handel auszufechten, wird es dem heiligen Vater von wenig Nutzen sein. Ueberdies sind wir Fremde, daß Ihr es seid, verbürgt mir Euere Mundart. Warum wollen wir den Hals dem Gesetze dahingeben, während wir vielleicht zu einem rühmlicheren Streite aufbewahrt sind?“

„Ihr sprecht wie ein Buch“, versetzte der Fremde lächelnd; „Ihr irrt jedoch, wenn Ihr glaubt, daß ich dem Menschen dort zu Weide wollte. Beim heiligen Georg! das kam mir nicht zu Sinne. Mir stünde es wenig an, mich mit ihm gemein zu machen. Euch hingegen kennen

zu lernen, junger Mann, freut mich ganz absonderlich. Auf stillehbare Leute kann man sich verlassen, denke ich. Wollt Ihr mein Freund werden, so sagt mir Euren Namen.“

Dagobert wollte soeben, sich verwundernd, dieselbe Frage an den Fremden richten, da kam unweit des Stadthores ein Knecht daher in weiß und rothem Rock, entblößte, da er des Unbekannten ansichtig wurde, das Haupt, und blieb am Rande des Weges stehen. — „Nimm dieses Pferd“, sprach der Reiter zu ihm, „und bring es in den Stall. In Zukunft reite ich den Schimmel nur.“

Der Knecht empfing, still sich neigend, das Thier, und einen Schritt vom Thor entfernt, fragte der Herr den jungen Frankfurter lächelnd: „Werde ich noch nicht erfahren, wer mir aus der Noth half?“

Dagobert nannte bescheiden seinen Namen und machte auch Gerhards Stand und Geschlecht kund. „Mit dem Edelknecht habe ich nichts zu schaffen“, versetzte der Fremde barsch: „Er hat den Dienst, den er mir leistete, zu Nichte gemacht durch seinen ungeborenen Vorwitz in einem Ding, ob dem ich keinen Scherz verstehe. Ihr aber, biederer Altbürger, Ihr seid mir lieb und werth. Ohne Zweifel werdet Ihr im Engel Eure Wohnung nehmen, da die Schöffen, Eurer Stadt Abgesandte, daselbst die Einkte nahmen? Recht lieb wird mir's sein, von Euch zu hören.“

Nach einem flüchtigen Kopfnicken verließ der Mann, ohne weiter das Geringste hinzuzufügen, die Ankömmlinge, und ging in die Stadt. Die Letzteren sahen wohl, daß die Soldwächter ehrerbietig Platz machten, die Bürger demüthig Hüte und Mützen rückten, und sothane Ehrfurcht auf sie beide sogar überging, da sie mit dem geehrten Manne herangekommen waren. Stolz trabten sie und staunend durch das Thor. „Ich fürchte, ich habe einen thörichten Streich gemacht“, flüsterte Gerhard dem Begleiter zu: „Der Mann ist wohl mehr, als wir Beide.“

„Möglich“, versetzte Dagobert lächelnd und verwies den

Das Gezeir der Konservativen und Nationalliberalen, deren Herz für die schiefste Wahlbeeinflussung schlägt, trotz ihrer schönen Reichstagsreden für die Wahlfreiheit, wird umsonst verhallen, der v. Polenz muß auf Grund der kompromittirlichen Thatsachen aus dem Parlament gewiesen werden.

Die Nachwahl wird zeigen, daß die Sozialdemokratie den Kreis holen kann, wenn eben nicht wieder gepolenzet wird.

Dann muß es gehen.

Nolens Polenz!

Zur Lage in England.

London, 29. März 1894.

Verschiedene Personalveränderungen im Ministerium, Todesfälle und freiwilliger und unfreiwilliger Uebertritt von Abgeordneten ins Haus der Lords haben eine Anzahl von Nachwahlen nöthig gemacht, auf die sich Mangels sonstiger Sensationen das Interesse der Politiker richtet. Man hat schon das Wort „Allgemeine Neuwahl im Kleinen“ gebraucht, insofern nicht ganz zutreffend, als es sich mit einer Ausnahme lediglich um zuletzt von Liberalen vertretene Wahlkreise handelt, bzw. handelte, die Chancen also ungleich vertheilt sind.

Zwei dieser Nachwahlen haben am Montag stattgefunden und die Vertretung der betreffenden Kreise unverändert gelassen.

Die Arbeiterpartei ist bei diesen beiden Wahlen nicht in Aktion getreten, dagegen hat sie in einem dritten schottischen Wahlkreis, Midlothian, wo eine Nachwahl notwendig geworden, in der Person des Sozialisten Smalgie einen eigenen Kandidaten aufgestellt. 1888 erzielte Reid Gardie, ebenfalls bei einer Nachwahl, dort 617 gegen 3847 liberale und 2909 konservative Stimmen. Bei dem Aufschwung der sozialistischen Propaganda im Norden würde man auf einen ansehnlichen Stimmengewinn mit Sicherheit rechnen können, wenn nicht die Eigenthümlichkeiten des hiesigen Wahlsystems und der Umstand, daß die Liberalen eine Reihe den Arbeitern am Herzen liegender Reformen auf ihr Programm genommen, vielen Arbeitern die Uebertragung ihrer Stimmen auf den Sozialisten als eine platonische Demonstration erscheinen ließe, deren praktisches Resultat nur die Wahl des Tories sein würde. Der Wahlkreis ist vorwiegend von Bergarbeitern bevölkert, und da die Regierung sich verpflichtet hat, dem Achtstundengesetz für Bergarbeiter ihre Unterstützung zu leisten, dürften manche der letzteren davor zurückschrecken, auch nur indirekt dem Tory zum Sieg zu verhelfen. An einen Sieg des Sozialisten ist unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht zu rechnen, aber jede für ihn abgegebene Stimme wird doppelten Werth haben.

Die einzige Wahl, wo die Liberalen nicht in der Defensive sein werden, ist im Wahlkreis Norfolk (Essex), östlich von London. Ihr Kandidat hat sich als Aldermann von West Ham einen so guten Ruf erworben, daß nicht nur die Gewerkschaftsvertreter des Distrikts, sondern auch bekannte Sozialisten, Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation u. s. für seine Wahl eintreten. So wenig das der in Deutschland obwaltenden Taktik entspricht, so verständlich erscheint es dem Kenner der hiesigen Verhältnisse. Wie ich schon wiederholt ausgeführt, bei einer Wahl, wo sie nicht in der Lage sind, einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen, sind die Arbeiter und Sozialisten hier in ähnlicher Lage, wie die Wähler in Deutschland bei einer Stichwahl, und die Bezeichnung „liberal“ hat hier eine so dehnbare Bedeutung erlangt, daß mancher sich noch liberal nennt, der in Deutschland ein gutes Stück links von der Volkspartei Platz nehmen würde. Und da das Parlament hier etwas so sagen hat, ist es begreiflich, daß viele Arbeiter es nicht für angebracht halten, durch Fernbleiben vom Kampf der Partei, die ihnen den Handschuh hingeworfen, einen Sieg über einen Mann zu verschaffen, der in allen zunächst zur Entscheidung kommenden Fragen auf ihrer Seite steht. Das wenigstens wird von Herrn Bethell behauptet, ob es wahr ist, entzieht sich meinem Urtheil.

Die Opposition der Radikalen à la Labouchere gegen Rosebery ist vorderhand eingeschlafen. Rosebery's Rede in St. James' Hall als Antwort auf die Gratulationsadresse des Londoner Grafschaftsraths hat die letzten Anzuehnen befähigt. Sie sehen alle ein, daß unter den gegebenen Verhältnissen Rosebery, der es so vortrefflich versteht, bis selbst ins Lager der Sozialisten hinein Rosen auszustreuen, der beste Führer ist, welche der liberalen Partei zu Gebote stehen. Wer, außer den Eingeschworenen der Partei, kann sich für Sir William Harcourt begeistern? Aber der jäsaristische Zug in Rosebery, der die Doktrinaire abhört, verschafft den letzteren ein gewisses Ansehen selbst da, wo der Einfluß der Parteimachinerie sonst vermagt. Und es liegt nun einmal im Wesen des englischen Parteilebens, daß die Parteien von ihren Führern Inspiration verlangen. So demokratisch sonst die Sitten — und sie sind viel demokratischer als man in Deutschland meint — darin sind sie durchaus aristokratisch, d. h. soweit die alten Parteien in Betracht kommen. In gewissem Sinne könnte man Rosebery mit Boulanger

vergleichen. Aber ein Boulanger in Zivil, ohne Helmbusch und sonstigen Fieselsatz, und dafür in allen Rünken der Politik bewandert. „Ich weiß“, sagte er in der erwähnten Rede, „daß es in diesem Lande eine Partei giebt, einwollen noch ohne Namen, die keine Verbindung mit einer der bestehenden politischen Organisationen hat, eine Partei, geneigt zu sagen: „Die Pest über eure beiden Häuser, die Pest über all' eure Parteien, über alle eure Politik, eure endlosen, so wenig Frucht bringenden Debatten. Laßt dieses unaufhörliche Schwatzen, kommt zur Sache und thut etwas für das Volk.“ Dies ist der Geist, glaube ich, der die große Masse der Industrie-Arbeiter, die große Masse des niederen Klerus, die große Masse derer befeelt, die mit den Armen und für die Armen schaffen, und die ich, mangels eines besseren Wortes, gezwungen bin, insgesammt mit dem Bastardausdruck Philantropen zu bezeichnen. Aber ob dieser Geist unter uns weilt oder nicht, und ich habe mich aus Unterhaltungen mit vielen Leuten überzeugt, daß dem in steigendem Maße so ist, so werden Sie ihn sich ausbreiten sehen, wenn das Parlament sich unfähig erweist, Durchgreifendes zu Stande zu bringen. Sie werden ihn weiter und tiefer um sich greifen sehen, und ich wenigstens verweise nicht, einen Minister, sei er Premier oder nicht, zu sehen, der sich nicht scheut, von Zeit zu Zeit von der Tribüne der Partei herabsteigen und direkt zum Herzen seiner Landsleute sprechen zu sehen — sprechen wie Robert Peel zu ihnen sprach, obwohl er aus der Macht vertrieben war, weil er dem Volk das Brot verbilligt. Wer immer dieser Minister ist, er wird, meine ich, Euch nicht auffordern, sein Kabinett oder ihn zu retten, sondern einen großen Versuch zu machen, Euch selbst zu retten — durch eine hochberzige, unmittlere und wirksame Maßregel Euch selbst zu retten von den Gefahren, die eine große Bevölkerung umgeben, den Gefahren der Gewalt, den Gefahren des Verbrechens, und den größten aller Gefahren, den Gefahren der Unwissenheit.“

Es geht, wie gesagt, ein jäsaristischer Zug durch diese Rede, und die sind sicher nicht im Unrecht, die da meinen, daß der Mann, der so spricht, nicht nur Sammetpfötchen hat, sondern auch noch etwas hinter dem Sammet. Aber ein gewöhnlicher Schölnzredner würde das festgefahrene Schiff der Liberalen nicht in's flotte Wasser bringen. Es wird schon so schwer genug halten, wenn's überhaupt geht. Und wenn der Jäsarismus Rosebery's für den Moment die liberale Partei noch zusammen — und den Vormarsch der sozialistischen Partei als solcher etwas aufhält, der Sozialismus, die Sozialdemokratie als Massenbewegung wird durch ihn nicht aufgehoben werden. Im Gegentheil. Im England des erbenen 19. Jahrhunderts ist es nicht möglich, die Massen mit Scheinreformen zu füttern. Und schon mehren sich die Zeichen, daß die wirkliche, die große allgemeine Wahl, die nicht mehr lange ausstehen kann, mindestens soviel verschiedene Sozialdemokraten ins Parlament bringen wird, daß man auch dort nicht mehr von einer „namenlosen Bewegung“ reden dürfte, was man heute, dank der Spaltung, leider noch kann.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 4. April.

Dem zweiten Theil der Reichstags-Session, welcher morgen beginnt, liegt, wenn man die lange Liste aller noch unerledigten Gesetzentwürfe, Anträge u. s. w. betrachtet, ein außerordentlich reiches Arbeitspensum vor. Wenn man jedoch näher zusieht, so ist das meiste sehr leichte Waare — wenigstens sehr leicht in der Waagschale des praktischen Parlamentarismus — und von ernsthafter praktischer Bedeutung sind eigentlich nur die zu dem sogenannten Steuerbouquet gehörigen Gesetzes-Entwürfe. Nun haben aber diese Entwürfe, mit alleiniger Ausnahme der Börsensteuer, keine Aussicht, jetzt angenommen zu werden.

Unter solchen Umständen befindet sich die Reichsregierung in einer eigenthümlichen Lage. Zwingt sie den Reichstag, über das Steuerbouquet abzustimmen, so bekommt sie einen Korb, und es wird ihr schwer werden, mit ihren Plänen ein zweites Mal vor den Reichstag zu kommen. Zieht sie dagegen — was sie zu wünschen scheint — die Verhandlungen in die Länge, dann ist es unmöglich, die Session vor Pfingsten zu beendigen.

Und länger als Pfingsten läßt der Reichstag sich nicht zusammenhalten.

Um aus diesem Dilemma zu kommen, geht man mit dem Plan einer Reichstags-Vertagung bis zum Herbst um.

Hoffentlich wird dieser Plan vereitelt. Ist der Reichstag entschlossen, das Steuerbouquet zu verwerfen, so thue er es gleich. Je eher je besser. Alles Zaudern ist vom Uebel.

Die Aufgaben des Reichstages und des Landtages. Was den noch rückständigen Arbeitsstoff der beiden jetzt wieder in Berlin zusammentretenden Parlamente betrifft, so liegen dem Reichstag hauptsächlich noch ob: die Steuer- und Finanzreform-Vorlagen, die Gesetzentwürfe über Abzahlungsgeschäfte, über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, über Abwehr und Unterdrückung von Viehschäden, über Schutz der Waarenbezeichnungen, über Abänderung der Konkursordnung, der Bericht über die Börsen-Untersuchungskommission, dazu zahlreiche Anträge aus dem Hause. Im Abgeordnetenhaus besteht der noch rückständige Arbeitsstoff hauptsächlich in Folgendem: dem Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammern, dem Abschluß der Staatsberatung, wobei namentlich die Eisenbahnverwaltung noch in zweiter Lesung zu erledigen ist, den Gesetzentwürfen über Stadterweiterungen, Kalfsalze, Abänderung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung, den Kanalvorlagen, ferner zahlreichen Anträgen aus dem Hause, unter welchen der Antrag Edels, betreffend Aufhebung der Staffeltarife und die Interpellation Arendt über die Neuprägung von Reichsilbermünzen besonders Interesse erregen.

Das Abgeordnetenhaus dürfte seinen Arbeitsstoff in kurzer Zeit bewältigt haben, dagegen wäre das Ende der Reichstags-Session ohne Vertagung nicht möglich, wenn die Reichsregierung auf der paragrafenweisen Beratung der Steuervorlagen bestehen wollte. Da aber die Tabak- und Weinsteuervorlage wegen ihrer vollständigen Ausfallslosigkeit, Gesetz zu werden, von der Reichsregierung aller Voransicht nach doch noch zurückgezogen werden dürfte, so ist vielleicht noch vor Pfingsten der Schluß der Reichstags-Session zu ermöglichen. (Siehe auch die vorstehende Notiz.)

Nachwahl zum Reichstage. Nach dem amtlichen Wahlergebnis der am 31. v. M. in 3. Wahlkreise des Regierungsbezirks Posen (Bomst-Meseritz) stattgehabten Reichstags-Erwahl wurden insgesammt 17 903 Stimmen abgegeben; davon erhielten Landrath a. D. v. Dziembowski (deutsche Reichspartei) 9200 und Probst Szymanski (Pole) 8703 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Demnach haben die Gegner des russischen Handelsvertrages in diesem an Rußland grenzenden Wahlkreise eine wenn auch kleine Einbuße von 50 Stimmen oder etwas über einen halben Prozent erlitten, während die polnischen Anhänger des Handelsvertrages den ansehnlichen Stimmengewinn von 1056 Stimmen oder fast 14 pCt. zu verzeichnen haben.

Der Bundesrath nimmt morgen seine regelmäßigen Sitzungen wieder auf.

Auf der Tagesordnung stehen u. A. die Vorlage, betr. die Ausprägung von Reichs-Gold- und Silbermünzen, ein Antrag Preußens, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung und die Beschlußfassung über die vom Reichstag zum Etat gefaßten Resolutionen (über die Ausfertigung der Dienstgebäude, über die Veröffentlichung einer Statistik über die von Militärgerichten abgeurtheilten Strafsachen, über den Erlaß eines Reichsgesetzes über die Reiseflosten und Tagegelde der Reichsbeamten, über die Reisekosten und Tagegelde der Reichsbeamten, über die Friedensübungen erlittenen Beschädigung verstorbenen Militärpersonen, über die Gehaltsverhältnisse der Reichsbeamten solcher Beamtenklassen, für welche im Etat 1894/95 die Einführung des Systems der Dienstaltersstufen vorgesehen ist, über die Entschädigung der Invaliden aus dem Kriege von 1870/71 in Fällen der Nichtanrechnung eines zweiten Kriegesjahres, über die Durchführung des Systems der Dienstalterszulagen für die mittleren und unteren Beamten der Postverwaltung, über die Verbesserung der Stellung der Postassistenten, über die Beförderung von Postpaketen an Sonn- und Feiertagen). Schließlich stehen noch die Anträge der Ausschüsse über Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses und Petitionen auf der Tagesordnung.

Die Währungsfrage dürfte den Reichstag morgen während der ganzen Sitzung beschäftigen. Vor der Börsensteuer steht nämlich die Interpellation Mirbach-Kardorff betreffend die Neuprägung von 22 Millionen Reichs-Silbermünzen zur Verhandlung. Die ähnlich lautende Interpellation Arendt im Abgeordnetenhaus soll nach neueren Intentionen erst dann im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen, wenn diese Interpellation vorangegangen sein wird.

Neugierigen an den Knecht, der mit dem gestürzten Outfreund hinterdrein kam.

Wie nennt sich Dein Herr, guter Gesell?“ fragte auch Gerhard den Knecht und verstummte kleinlaut, als dieser erwiderte:

Seine kaiserliche Gnaden ist's, der gnädigste Herzog Friedrich von Oesterreich-Tyrol.“

Drittes Kapitel.

Ein dreitausendjähriges Geseh! Seine Wurzel in den Pyramiden, seine Pfähle altenhallen Schatten werfend: ein vom Bliz gespaltenen Stamm, grünend dennoch durch die Thränenströme angestohener Sklaven! . . .

Die zwischen dem Mainstrom und der Domkirche gelegene Judengasse zu Frankfurt war mit ihren alterthümlichen Häusern in das Dunkel eines späten Freitag-Abends versunken. Still und einsam war die enge und krumme Straße und es wimmelte nicht mehr das geschwähige Wolf darin umher, das wohl zu den Zeiten Ludwigs des Bayern sich darin bewegte. Das Geschie dieses Volkes hatte sich seit dem Tode jenes Fürsten nach und nach gewaltig umgestaltet, und infolge des harten Druckes, der sogar dann und wann in offene Schlachten ausbrach, war der israelitische Stamm zu Frankfurt ausgegangen bis auf wenige Geschlechter. Diese hausten nun abgezogen von der übrigen bürgerlichen Welt in ihren halbverfallenen Gebäuden, deren Besitzer die blutärmsten Einwohner der Reichsstadt inne hatten. Diese letzteren, dem bitteren Mangel unterthan, belauerten mit eifersüchtigen Blicken das Thun und Treiben der Juden, die Bedürfnis und Gewinn suchte auf den Handel anwies, und die alle List anzuwenden hatten, ihren wachsenden Wohlstand vor den neidischen Augen ihrer Nachbarn zu verbergen. Darum ließen sie ihre Wohnungen von außen verfallen, darum schlichen sie umher in der zerlumpten Tracht mit Zwerchsaß und Wanderstab, darum ließen sie den seltenen Gästen, die sich in ihre Häuser wagten, nur die in Elend und Schmutz versunkene Unterstube sehen; darum schlossen sie sorgfältig am Sabbath ihre Fensterläden und Hausthüren, daß nicht durch die ersteren

der Lichter Schein, durch die letzteren der Geruch der Festpreisen dringen und einen Schimmer von Wohlhabenheit verrathen möge, der ihnen hätte gefährlich werden können. So waren auch heute ihre Fenster und Pforten verriegelt, und der Feierabend eingeleitet zwischen vier Mauern. Das Haus des Ältesten unter ihnen, des in der ganzen Umgebung wegen seines Alters, seiner Leiden und Erfahrungen hochgeachteten David Ben Joachai, machte keine Ausnahme. Schwarz und düster sah es gleich den übrigen in die Straße, aber, hatte man den endlosen finstern Hausgang durchgemessen, die dunkle Wendelstiege überschritten, und sich durch die Nacht nach dem Hintergebäude fortgegriffen, so trat man plötzlich in einen heiter geschmückten Ort, wo der Sabbath malten durfte in prächtiger Heimlichkeit. Eine im länglichen Biered gebaute Stube, getäfelt an den Wänden, und geschmückt mit Vorhängen und buntem Schnitzwerk, war der Hausstempel. Ein großblumiger Teppich bedeckte den größten Theil des Fußbodens. Von der Decke schwebte der siebenarmige Leuchter, unter welchem der runde Tisch stand, überhangen mit einer rothwollenen Decke, über die erst wieder eine andere kleinere gebreitet war, von weißem feinem Linnenzeug. Um den Tisch, — den drei silberne und reich gearbeitete Becher schmückten, auf einer silbernen Kredenzplatte aufgestellt, — standen drei Stühle mit hohen goldverzierten Lehnen und Polstern von geschornem Sammet. Unfern von der Tafel glänzte aus einer Nische der Mauer das silberne Waschbecken, in welches, sobald man den oben angebrachten vergoldeten Hahn umdrehte, das klare Wasser sprudelte. Feine Linnenlächer lagen zum Abtrocknen bereit. In der Ecke war der Tisch zu schauen, der die Festpreisen trug und den blinkenden Weinkrug. Den Hintergrund der Stube nahm aber ein auf morgenländische Weise geordnetes Lager von bequemen Seidenpolstern ein, überlegt mit einem löstlichen gewirkten Stück. Auf diesem Lager ruhte nun die Enkelin des Hausherrn, Esther, die an Schönheit ihres Gleichen nicht hatte am ganzen Rhein- und Mainstrom; angethan mit prächtigen Gewändern, nach der Sitte des Vaterlandes geschnitten, glänzende Gehänge in den Ohren, und viele kostbare Ringe an den Fingern. Sie hielt eine Schnur von farbigen Glaskugeln in den

Händen und ließ sie gedankenlos auf- und niedergleiten, — ein erlaubtes Spielwerk. Aber aufmerksam ließ sie ihr Ohr dem Großvater, der zu ihren Füßen saß, in eine schön gefütterte Pelzschabe gekühlt, das silberweisse Haar mit einem Sammetkapplein bedekt. Wer ihn betrachtete hätte den alten Mann, wie er so da saß, gebildet von den Jahren, die Ellenbogen auf die Knie gestützt, und die Hände lebhaft bewegend wie die redende Lippe, und den schneeigen, bis über den Gürtel fallenden Bart, hätte ihn für die Zeit selbst halten sollen, die der Frau Venus Märlein erzählt von vergangenen Tagen. Und in der That war es auch die Zeit, die auf den Lippen des Alten saß, und die Vergangenheit gab er wieder in eisernen Worten. Das Geschie hatte ihn bereits durch einen Kreis von hundert Lebensjahren geführt und hundert bittere Jahre waren es, von denen er Kunde geben konnte. Nun ist die Zeit des Leidens die unerträglichste; denn während ein großes Jahr vorüberströmt wie der braufende Geist feurigen Weins, schleichen die trüben Tage gleich Jahrhunderten dahin, schaukelnd auf langsamer sauler Woge, und lassen dem Mitschwimmer Ruhe genug, in die Tiefen zu schauen — in die Klüfte, die sich aufreihen während seiner Bahn, damit er sich alle ihre Schrednisse einprägen im sicheren Gedächtniß. Diese ersten Anschauungen mitzutheilen, ist ein Bedürfnis des Alters, das ohnehin nur allzu oft den leeren Gang kraftbewußter Jugend in den prüfenden Schritt der alternen Bedächtigkeit verkehren möchte. Der greise Joachai öffnete also auch, sobald der Ruheabend eingebrochen, den Schatz seiner Rede und Erfahrung, und unterhielt den Sohn und die Enkelin von den Schicksalen und Begebenheiten ihres Volkes. Heute hörte ihm jedoch nur die reizende Esther zu, da ihr Vater unbegreiflicherweise von seiner Handelswanderung noch nicht zurückgekommen war. Es schien überhaupt an diesem Abend ein besonderer Unstern die Ordnung des Hauses zu verrücken, denn auch der Diener und Mitgenosse desselben war ausgeblieben, und sein Platz hinter dem Ofen von der Sabbathmagd, der stummen Gete, eingenommen, die darin gähmend mit dem Schlafe kämpfte, und nur dann und wann aus dem Winkel hervorschlich, um die verdüsterten Lampen zu puhen. (Fortf. folgt.)

Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß bei diesen Debatten das letzte Wort gesprochen werden wird.

Zu dem geplanten Reichs-Apothekengesetz schreiben die offiziellen „Blätter Politischen Nachrichten“ etwas dunkel: „Es handelt sich um einen vom Kultusministerium aufgestellten, von dem preussischen Staatsministerium in den leitenden Grundrissen, System der Personalkonzession mit 25jähriger Übergangszeit, gebilligten Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes, der dem Reichskanzler vorgelegt ist. Alsdann soll der Gesetzentwurf zunächst den Landesregierungen zur Prüfung und Aeußerung zugehen. Man darf annehmen, daß die Landesregierungen zur Prüfung der Vorlage Sachverständige aus den Interessentenkreisen hören werden, so daß auch die beteiligten Kreise in der Lage sein werden, ihre Auffassung mit dem ihr beizubehaltenden Sachlichen Gewicht zur Geltung zu bringen. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so liegt an der bisherigen Gepflogenheit bei der Vorbereitung von Gesetzen in das Erwerbsleben eingreifenden Gesetzesvorlagen dieser Art die Gewährung dafür, daß in einem späteren Stadium der Vorbereitung und jedenfalls, bevor die gesetzgebenden Instanzen im Reich mit der Sache befaßt werden, den Interessenten Gelegenheit gegeben werden wird, Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihre Auffassungen und Wünsche auszusprechen.“

Industrielle Sonntagruhe. Am 20. d. M. werden hier, der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge, Besprechungen zwischen Regierungsräten und Vertretern der Gruppe VIII der Berufsstatistik (Gewerkschaftliche Nebenprodukte) stattfinden. Es sollen die für diese Gruppe in Aussicht genommenen Maßnahmen, betr. die Sonntagruhe, beraten werden.

Die Standesherrn und das Privat-Vergeregul in Preußen. So heißt sich ein sehr lehrreicher Aufsatz des Genossen Schoenlank in der letzten Nummer des „Sozialpolitischen Zentralblattes“. Raumangel hindert uns leider, den Artikel wiederzugeben, wir müssen und damit begnügen, auf das in demselben enthaltene Material zur Beurteilung der großen ökonomischen Vorrechte, die den Standesherrn in Preußen noch geblieben sind, zu verweisen.

Der sächsische General-Staatsanwalt Geld hat ganz recht, wenn er bei Einführung des nach Dresden bezuzugenen Oberstaatsanwaltes Weicher sagte, daß man die sächsische Staatsanwaltschaft mit Unrecht bezichtigte, daß sie den revolutionären Bestrebungen unthätig gegenüberstehe. Die übereifrige Staatsanwaltschaft Sachsens hat diese Ehrenrettung wohl verdient. Daß Herr Geld nach einem Sozialistengesetz verlangt, das liegt in der Natur der Staatsanwälte.

Unsere Kolonialmärkte kommen nicht zur Vernunft. Angesichts des jüngsten Muddelmuddels auf den Samoa-Inseln rufen wir nicht mit dem Vorschlage heraus, das Deutsche Reich mit der Oberherrschaft jener Inseln übernehmen — vorher hat es dort nicht ruhig. Die Deutschen haben vergessen, daß Kaiser Bismarck seinen Kolonialschwanz mit dem Projektorat über die Samoa-Inseln anfang, und daß diese geniale Idee und eine blutige Niederlage und eine noch blutigere Blamage eingetragen hat. Die Samoa-Inseln — das wußte seinerzeit der Herkules des Jähjähndens nicht — liegen im Machtbereich der Vereinigten Staaten, die bekanntlich nicht mit sich spaßen lassen.

Nachspiel zum hannoverschen Spielerprozeß. Die Urtheile gegen die bei dem Spielerprozeß in Hannover beteiligten Offiziere sind nunmehr erfolgt. Wie die „Kreuzzeitung“ hört, sind 16 Offiziere infolge dessen verabschiedet worden.

Um Rosenkranz und Gildenstern! Um das Treiben zweier Diplomaten, so unbedeutend wie weiland Rosenkranz und Gildenstern, erhebt seit mehreren Wochen der Kladderadatsch mit sündlicherem Ernst, der ihm herzlich schlecht zu Gesicht steht, ein unablässiges Gezeter. Was ist uns Rosenkranz, was Gildenstern? — noch weniger als Heluda! Wir hätten der Sache überhaupt nicht erwähnt, wenn nicht augenscheinlich vom Redaktionsbureau des Kladderadatsch nach Friedrichsruh ein verbindender Draht ginge, den die Familie Bismarck zur Bekämpfung ihrer Privatrathe benutzt. Was eigentlich Rosenkranz und Gildenstern ausgefressen haben sollen, darüber hat man bis heute noch nichts erfahren. Der Kladderadatsch-Redakteur Polstorff thut sich außerordentlich viel darauf zu gute, von einem hochbetitelteten Herrn zum Herausholen der Rastanien aus dem Feuer bewegt zu werden. Er hat aber durch seine jüngsten Rundgebungen gezeigt, daß er den Preshfeldzug mit einer Leichtfertigkeit führt, die man dem jüngsten journalistischen Springinsfeld nicht verzeihen würde. Im Briefkasten seines Blattes erließ er eine hochtrabende Erklärung, daß er seitens des Auswärtigen Amtes angegangen sei, zu schreiben: „man denke“ — das sollte Besorgnisse beschwichtigen, die wir nie gehabt haben — nicht an eine Anklage, man habe so nie daran denken können; es seien leider ganz unangehörige Dinge geschehen, aber das habe sich nicht verhalten lassen.

Im „Reichs-“ erschien darauf eine unheimliche Erklärung, daß diese Behauptung von Anfang bis zu Ende eine Fälschung beruhe. Nunmehr kommt der Verleger des „Kladderadatsch“, Hofmann, mit der Erklärung heraus, die Polstorff'sche Mittheilung beruhe auf einer Unterredung des Generalmajors Spitz mit ihm. Die Hofmann'sche Darstellung geht der Sache aber ein ganz anderes Gesicht. Generalmajor Spitz erklärt ihm gegenüber die Herren Rosenkranz und Gildenstern für schuldig rein. Dann sagt Hofmann:

„Im weiteren Laufe des Gesprächs kam die Rede auf eine amtlich hochbedeutende Persönlichkeit, die man höheren Orts als Intrigant zu kennen glaube, gegen die aber schwer einzuschreiten sei. Dieser Auffassung nach — und wie mir nachträglich von dem Herrn Inspektor versichert wurde — war damit der verantwortliche Anzeiger der gegen die Herren v. D. und v. R. gerichteten Kladderadatsch-Angriffe gemeint.“

Das eine Keuschung: Es seien ungeschickliche Dinge vorgefallen. Wünschlich in jenem Bekleidungsgefallen sein soll, muß ich nach bestem Wissen verzeihen. Die Briefkasten-Notiz in Nr. 13 des „Kladder.“ kam mir, selber, erst nach erfolgtem Tode vor Augen.

Daraus geht hervor, daß Herr Polstorff in einer Sache, die er für ungeheuer wichtig hält — er kommt sich vor wie Herkules, der den Augiaschall reinigt — eine ihm mündlich gewordene Mittheilung veröffentlicht, ohne sie seinem im Nebenzimmer sitzenden Gewährsmann zur Verifizierung vor-

zulegen. Das ist — nur vom journalistischen Standpunkt aus — eine wirklich unverantwortliche Leichtfertigkeit.

Andererseits glauben wir aber auch, daß sowohl der Kladderadatsch, wie das Auswärtige Amt moralisch genöthigt sind, offen auszusprechen, was den beiden Diplomaten vorgeworfen ist und wer die „anzettelnde hochstehende Persönlichkeit“ ist.

Der Kaiser von Oesterreich ist ungeheuer entrüstet über die allgemeine Trauer des ungarischen Volkes um Kossuth. Das glauben wir, muß er doch einsehen, daß diese Rundgebungen ebenso echt sind, als die Loyalitäts-Rundgebungen für die Person des Monarchen oft bloß künstlich erzeugt sind.

Eine Kosziusko-Feier wurde auch von den Sozialdemokraten in Krakau geplant. Die Polizei hat sie aber verboten, mit dem Bemerken, Kosziusko müsse gegen den Mißbrauch seines Namens geschützt werden. Der edle Kosziusko, der ein wirklicher Freiheitsheld war, würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er wüßte, daß ihn die österreichische Polizei unter ihren Schutz genommen hat.

Der Föderalismus rührt sich wieder in der Schweiz. Goeben wurden auf ein Initiativbegehren 70 000 Unterschriften gesammelt, welche ein Gesetz fordern, wonach ein Theil der Zollentnahmen des mit einem Defizit kämpfenden Bundes auf die Kantone vertheilt werden soll. Die Schweizerische Sozialdemokratie hat diese Bewegung nicht unterstützt.

Das Rindhölzchen-Monopol ist vom schweizerischen Nationalrathe mit einer Stimme Majorität abgelehnt worden.

Recht auf Arbeit. Der Antrag des schweizerischen Bundesrathes lautet: „Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten, ob und eventuell in welcher Weise eine Mitwirkung des Bundes bei Institutionen für öffentlichen Arbeitsnachweis und für Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit möglich und gerechtfertigt sei.“

Der Sozialismus gefährlicher als der Anarchismus. Aus Paris wird uns unterm 3. April geschrieben: Daß der Bourgeoisie der Sozialismus ungleich gefährlicher dünkt, als der Anarchismus mit all seinen Bomben, das ist für uns kein Geheimniß, denn das haben wir oft genug erklärt, so sehr sie dies auch zu leugnen suchte. Nun hat dies aber einer ihrer wichtigsten Vertreter, Combes, Vizepräsident des Senats, offen eingestanden. Auf einem in Paris (Charente-inférieure) ihm zu Ehren veranstalteten Bankett sagte er nämlich, nachdem er von den Anarchisten gesprochen hatte: „Der Sozialist ist ungleich gefährlicher. Er zeigt sich in allen Gestalten. Er weiß einer unerfahrenen Kammer (armes Parlement) Gefühle unbegrenzter Freiheit, jener Freiheit der Presse einzufloßen, die wir 1831 wollten, wo wir weder den Anarchismus noch den Sozialismus vorausahnen.“ Er tröstete sich und die Mitbankettisten übrigens damit, daß es gelingen werde, dem Sozialismus den Weg zu versperren. Wie das anzustellen sei, darüber hat er uns allerdings im Dunkel gelassen; denn davon, daß er die kapitalistische Wirtschaft zurückgedrängt wissen will — die einzige Möglichkeit auch den Sozialismus am Vorwärtsschreiten zu hindern — davon hat er kein Wort verlauten lassen. Und Herr Combes denkt so wenig daran, dem Kapitalismus irgend welche Hemmschuhe anzulegen, daß er sich sogar gegen jedwede Rentensteuer ausspricht. „Die Rente,“ sagte er, „zahlt schon dadurch, daß sie progressiv abnimmt, eine hohe Steuer; so ist ihr erst jüngst durch die Konvention eine neue Reduktion auferlegt worden.“ Wenn nun Herr Combes nicht bald das Mittel ausfindig macht, dem Sozialismus den Garaus zu machen, dann kann es ihm, der 1831, d. i. ein Jahrzehnt nach der Kommune, nachdem die sozialistische Partei sich bereits längst auf dem Pariser Kongress wieder konstituiert und ihr kollektivistisches Programm veröffentlicht hatte, den Sozialismus nicht „voraussehen“ konnte, leicht passieren, daß er, ebenso unvorhergesehen, eine Rentenkonvention erlebt, die selbst jedes Kouponabschneiden überflüssig macht. Also rasch nachgedacht, Herr Combes!

Italien. Die Auflösung der Kammern ist mit Sicherheit zu erwarten. An die Annahme des Crispien'schen Programms durch die gegenwärtige Kammer ist nicht zu denken. Während der Ferien haben die Wähler auf ihre Abgeordneten einen so kräftigen Druck ausgeübt, daß viele Schwankende jetzt gegen das Regierungsprogramm gewonnen sind. Inzwischen hat Herr Crispi vorläufiger Weise den Prozeß gegen die „Römische Bank“, der jetzt hätte beginnen sollen, „bis zum Herbst“ verlagern lassen. Die Verhandlungen dieses Prozeßes, in den der italienische Bismarck arg verwickelt ist, wären ihm jetzt doppelt fatal gewesen. Indeß — aus der Welt schaffen läßt sich die Sache doch nicht, und Herr Crispi hat gute Freunde genug, die dafür sorgen werden, daß die moralische Hinrichtung vollstreckt wird.

Zur holländischen Wahlreform. Von dem Tafelchen Wohlgehy-Entwurf, der in der nächsten Zeit wiederholt zur Sprache kommen wird, mögen hier die beiden Hauptartikel folgen. Da an der allgemein gehaltenen Bestimmung der Verfassung, daß zur Ausübung des Wahlrechts gewisse Kennzeichen eines gesellschaftlichen Wohlstandes vorhanden sein müssen, nicht gerüttelt werden konnte, so mußte diese Bedingung in einem besonderen Gesetze näher umschrieben werden, und es lautet die beiden maßgebenden Artikel desselben folgendermaßen: Art. 3. „Das Gesetz betrachtet als Zeichen von gesellschaftlichem Wohlstand die Fähigkeit, für seinen und seiner Familie Unterhalt zu sorgen.“ Art. 4. „Der gesellschaftliche Wohlstand ist vorhanden bei demjenigen, der während der zuletzt verfloßenen drei Monate eine und dieselbe Wohnung innegehabt oder während des letzten bürgerlichen Jahres seine Wohnung höchstens einmal gewechselt hat; wer in den drei letzten Jahren weder selbst, noch seine Frau oder unmündigen Kinder wegen Bettelns oder Landstreichens verurtheilt oder während dieser Zeit nicht zum Aufenthalt in einer öffentlichen Arbeitsanstalt unwillkürlich verurtheilt worden ist; wer im letzten Jahre weder für sich, noch für seine Frau oder unmündigen Kinder von einer Wohlthätigkeitsanstalt oder von der Gemeindebehörde unterstützt worden ist; wer nicht wegen Verbrechen zu Freiheitsstrafe von vier und noch mehr Jahren verurtheilt worden ist; wer nicht durch richterlichen Spruch aus dem Militärdienst mit der Unfähigkeitserklärung, im Heere zu dienen, entlassen worden ist; wer sich nicht absichtlich dem Kriegsdienst oder einer anderen gesetzlichen Verpflichtung hinsichtlich der Landesverteidigung entzogen hat; wer im letzten Jahre seinen Passagier in der direkten Staatssteuer bezahlt hat; wer den Beweis geliefert hat, daß er Lesen und Schreiben kann.“

Homerville für Schottland ist nun auch näher gerückt. Das englische Parlament erklärte sich einverstanden, daß alle Schottland betreffenden Angelegenheiten von einem besonderen aus allen schottischen und 15 englischen Abgeordneten zusammengesetzten Ausschusse vorberathen werden sollen.

Das neue serbische Ministerium soll den Kampf gegen die radikale Partei mit aller Energie aufnehmen. Es könnte leicht sein, daß das Ministerium und die Dynastie in diesem Kampfe unterliegen.

Parteinachrichten.

Der Genosse Gustav Ladewig, 2. Vorsitzender des Wahlvereins des 3. Berliner Reichstagswahlkreises, ersucht uns mitzutheilen, daß er mit dem Ladewig, vor dem in unserer Nr. 77, vom 4. April gewandt wurde, nicht identisch sei. Von ihm (Gustav Ladewig) ist festgestellt, daß er seit Jahren Berlin nicht mehr verlassen.

Nach Verbüßung einer viermonatlichen Gefängnisstrafe kehrte am 2. April der Genosse Gewehr-Gilberfeld in die Freiheit zurück. Die Ursachen seiner Strafen waren natürlich — Verleumdungen, die er durch die Presse begangen haben soll.

Vor dem Gesetz sind alle gleich — so steht in der Verfassung. Wie diese „Gleichheit vor dem Gesetz“ beschaffen ist, mögen folgende zwei Gerichtsentscheidungen beweisen:

Im vorigen Sommer kurz vor der Reichstagswahl sollte in Prohn (einem Kirchdors bei Straßund) eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher der antifeudalistische Reichstagskandidat Herr v. Langen sprechen sollte. Die Versammlung war jedoch nicht richtig angemeldet und konnte infolge dessen nicht stattfinden. Jetzt lud Herr v. Schavenbach die Anwesenden ein, zu ihm nach Sommerfeld zu kommen. Ein großer Theil der Anwesenden leistete diesem Rufe Folge und diese wurden im Park zu Sommerfeld mit Bier u. s. w. traktirt. Herr v. Langen sprach über die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Kommerzienrath Weder aus Straßund ermahnte die Anwesenden, fest zu Kaiser und Reich zu stehen und bei der Wahl ihre Stimme Herrn v. Langen zu geben. Sämmtliche Besucher dieser Versammlung wurden nun wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt. In der Gerichtsverhandlung wurde bewiesen, daß die vorbenannten Herren politische Gegenstände erörtert hatten, trotzdem wurden sämmtliche Angeklagten freigesprochen.

Und nun ein anderes Bild: Am 10. Dezember v. J. war Genosse Genzen mit noch 2 anderen Genossen aus Straßund in Cohnewitz a. R. Derselbe hatte von mehreren Cohnewitzer Arbeitern die Aufforderung erhalten, daselbst die Gründung eines Arbeitervereins zu veranlassen. Der Arbeiter Riebow lud noch mehrere Arbeiter aus Cohnewitz zu diesem Zwecke ein, nach der Wohnung des Schuhmachers Koopmann zu kommen. Letzterer hatte Riebow die Stube eingeräumt. Hier einigte man sich dahin, um nicht mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen, am Sonntag, den 17. Dezember, eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen und dort die Gründung vorzunehmen; die Anwesenden erklärten sich indessen schon jetzt bereit, dem später zu gründenden Vereine beizutreten. Anfangs Januar d. J. erhielt Koopmann ein Strafmandat in Höhe von 30 M. Hiergegen legte er Berufung ein. Am Mittwoch, den 28. März, war Termin. Ein Theil der damals Anwesenden, sowie der Gendarm von Putbus, der Amtsvorsteher von Cohnewitz und Genosse Genzen aus Straßund waren als Zeugen geladen. Die Anklage behauptete, R. habe seine Stube zu einer Versammlung hergegeben, die nicht polizeilich angemeldet sei. Bei der Zeugenvernehmung konnten der Amtsvorsteher und der Gendarm nichts aussagen, weil sie nichts wußten, und was sie wußten, hatten sie nur vom Hörensagen. R. wurde als die Seele des ganzen Unternehmens angesehen und zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Die Genossen von Ebersfeld-Varmen beschloßen, am 1. Mai Nachmittags einen Ausflug zu unternehmen und Abends eine Volksversammlung abzuhalten. Zwei weitere Anträge, am 1. Mai des Abends drei Versammlungen in den verschiedenen Stadttheilen abzuhalten und am Sonntag vor dem 1. Mai ein Flugblatt bezüglich der Waise zu verbreiten, fanden ebenfalls Annahme. In den Versammlungen soll ein Entree von 10 Pf. erhoben werden, wofür dann jeder Versammlungsbesucher die illustrierte Waise-Zeitung gratis erhält.

Die Preshburger Parteigenossen haben den Beschluß gefaßt, die Arbeitgeber aufzufordern, am 1. Mai nicht arbeiten zu lassen, im anderen Falle wollen alle Arbeiter an diesem Tage streiken.

Sein Erscheinen eingestellt hat das in Saarbrücken erscheinende Parteiblatt: „Der Bote an der Saar“. Die letzte Nummer erschien am 31. März. In dieser nahmen Redaktion und Verlag in einem an die Leser gerichteten Artikel Abschied und legen die Gründe dar, welche sie im Einverständnis mit dem Parteivorstand zu diesem Schritte führten. Derselbe wird da geschildert, wie alles sich vereinigte, um dem „Boten“ die Abonnenten absperrig zu machen, das Blatt vollständig zu unterbrechen. Mit solchen Mitteln glaubten die Gegner auch die sozialdemokratische Anstalt zu haben, darin täuschen sie sich aber. Die treu gebliebenen Abonnenten werden das Wochenblatt „Der Sozialdemokrat“ abonniren und nach Kräften für dessen Verbreitung Sorge tragen. Ein Artikel des letzten „Boten“, in dem die wichtigsten Parteiergebnisse im Saarrevier seit Erscheinen des „Boten“ (27. Febr. 1891) aufgezählt sind, worunter auch eine lange Reihe von Geld- und Freiheitsstrafen gegen die Redakteure und Genossen, schließt mit den Worten: „Die Reaktion triumphiert vorläufig im Saarrevier. Das Eingehen des „Boten von der Saar“ wird ihr ein neues Triumphgeschrei entlocken. Glücklicherweise ist noch nicht aller Tage Abend. Auch im Saarrevier wird die russische Temperatur nach neuen Märzstürmen von der Freiheitssonne befeuchtet werden, neues Knospen und Grünen mit an Stelle der bisherigen Arbeiterbewegung treten und so werden nach hartem Kampfe auch hier Früchte gedeihen, die zum Wohle der gesammten Menschheit beizutragen bestimmt sind.“

Totenliste der Partei. Ein braver Parteigenosse, Leonhard Weberndörfer in Nürnberg, starb am letzten Sonntag, vom Herzschlag getroffen, todt von seinem Bettpolster. Der Wahlverein verliert in ihm ein eifriges, thätiges Mitglied.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Brief-Rückhaben oder eine Sendung) anzugeben, unter der der Antwort ertheilt werden soll.

H. D., Bonn. Der Meister war nicht besugt, den Lohn während der Kündigungszeit zu reduzieren. — Der Vorsitzende hatte unseres Erachtens keine Berechtigung, eine Antwort, wie die von Ihnen angeführte: „In der Verhandlung ist es mir nicht erlaubt, aber privatim können Sie mich darüber sprechen und ich werde Sie dann aufklären“, anzuschreiben. Diese Antwort konnte nur zu irrtümlichen Auffassungen führen. Der Vorsitzende hätte entweder jede Aeußerung, auch eine private ablehnen oder die von ihm erwonnene Rechtsansicht ansprechen sollen. Im letzteren Falle wäre dies für die Parteien eine Richtschnur zum Vergleich gewesen.

Eugen 76. 1. und 2. Wenn kein Beweis erhoben ist, Prozeßgebühr 40 M., Verhandlungsgebühr 40 M. Wenn Beweis beschloßen ist, Beweis und weitere Verhandlungsgebühr 40 M. 3. Ja. 4. Vier Jahre vom Ende des Jahres, in dem der Prozeß entschieden war. 5. Und nicht bekannt.

H. D. Wenden Sie sich an den betreffenden Vertrauensmann. Aus ist das Ortsstatut nicht bekannt.

Für den Inhalt der Anzeigen über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 5. April.
Opernhaus. Der Ring des Nibe-
lungen. 2. Abend: Siegfried.
Schauspielhaus. Der Königslie-
tenant.
Deutsches Theater. Der Riegniger
Bote.
Berliner Theater. Aus eigenem
Recht.
Lesing-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Der lustige Krieg.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. Ein Volksfeind.
Central-Theater. Ein gesunder
Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die schöne
Melusine.
Alexanderplatz-Theater. Berlin
wie's lebt und liebt.
National-Theater. Das Damenbad.
Hierauf: Heinrich Heine.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
American-Theater. Lumpen - Su-
sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten - Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Schauspiel des Herrn Carl Pander,
Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von Melis.
Regie: Max Sami.
Vorher:

Das Damenbad.

Schwank in 3 Aufzügen von Fr. Schäfer
Regie: Fr. Schäfer.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Heute:

Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Aftersvernietlerin im Müll-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delclissieur.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit. Martin Bendix.
Neu! Auftreten des Neu!
Instrumental-Romihers
Mr. Barna.
Ferner u. a.:

„Direktor Hippe“

von Martin Bendix,
sowie Eugen Jocher, Sächsischer
Original-Humorist.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Adolph Ernst-Theater.

Heute:

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Gd. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
**Vornehmster
Familien-Aufenthalt.**
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée: Wochentags 20 Pf.
Sonntags 30 Pf.
R. Winkler.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 80.
Letzte Woche.
Zum 31. Male:

Ein gesunder Junge.

Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Jean Kren.
Morgen: Ein gesunder Junge.
In Vorbereitung:
Novität! **Der neue Kurs.** Novität!
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Leopold Eis.
Musik von Julius Einödshofer.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Heute,
Donnerstag, den 5. April:
Gr. Elite-Soirée
der
Norddeutschen Sängers
Auserwähltes Programm.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Passe-partouts, Familien- u.
Freibilletts haben Gültigkeit.
78/16 C. Saeger.

Castan's

Panoptikum.
Im 9. Kreise der Hölle:
Der Kutj a. d. Kaffemeier.
Elite-Damenkapelle Austria.

Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg.
55. Bock-Saison.
Nur noch kurze Zeit.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.

Gratweil'sche

Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Velt. u. größt. Etablissement Berl.
Täglich bei freiem Entree
abwechslendes Programm
der österreichischen Damenkapelle
„Dittl“
in kleinrussischen Nationalkostümen.
Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,
sowie Auftreten der nordamerikanisch.
Negergesellschaft **Mr. Brown.**
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entrée 30 Pf.
8 Regalbahnen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambirius.

Säle für Versammlungen

und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

„Sanssouci“

Kottbusstr. 4a.
Donnerstag, den 5. April 1894:

Stettiner

Sänger
Anfang
8 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.
(siehe Plakate).
Zum Schluss:
Neu!

Die Zigeunerkapelle

Benzin Gullasch.
Parodistisches Ensemble von Wenzel.
Freitag: Viktoria-Brauerei.

Circus Renz.

(Baristrasse.)
Donnerstag, den 5. April,
Abends 7 1/2 Uhr:

Auf auf zur fröhlichen Jagd!

Parforce- u. Kaschadenritt. Voller von
100 Damen. Reute von 40 Hunden.
Außerdem: Der ostpreussische Hengst
Blondel und Monstre-Tableau von 60
Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr.
Renz. Beautiful und der Steiger Solon,
geritten von Fr. Renz-Stark. Die Luft-
gymnastische Gebr. Wortley. Die musika-
lischen Klowns Alfons u. Estio. Mr.
Lavater Leo u. f. w.
Freitag: Auf auf zur fröhlichen
Jagd.
Fr. Renz, Direktor.

Die Beerdigung des städtischen Geigers

Karl Bolduan
findet am Donnerstag, den 5. April,
Nachm. 3 1/2 Uhr, vom Reichenschaus-
haus, Hannoverische Straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
2800b Geiger Marx.

V. Jankowski

Am 2. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, starb
nach schwerer Krankheit unser Rentant
V. Jankowski
im Alter von 35 Jahren. Wir ver-
lieren an ihm einen pflichttreuen Be-
amten, dessen Tugenden wir stets in
Ehren halten werden.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 6. April, Nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des katholischen Kir-
chhofes in Weissensee aus statt.
Der Vorstand
der Sterbefälle der Maschinenbau-
Arbeiter u. verw. Berufsgenossen
zu Berlin. 2807b

Ich nehme die der Frau Heise zu-

gefügte Beleidigung zurück und erkläre
dieselbe für eine anständige Frau.
Martin Baumgarten,
2804b Treseowstr. 41.

Damenkleider fertigt M. Weisk.

akadem. Schneiderin, Lauscherstr. 40 III.

Orts-Krankenkasse

der Radler und Siebmacher
zu Berlin.
Sonabend, den 14. April 1894,
Abends 8 1/2 Uhr,
in Wollschläger's Restaurant,
Blumenstraße 78:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Protokolle. 2. Kassen-
bericht des Rechnungsausschusses. 3. An-
trag des Vorstandes auf Abänderung
des § 13 ad 3. 4. Stellungnahme zur
Zentralisation der Orts-Krankenkassen
Berlins. 5. Verschiedenes. 2806b
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. G. W. Rische.

Kranken- u. Begräbniskasse

der Buchbinder u. verwandten
Berufsgenossen zu Berlin.
(C. H. Nr. 21.)
Sonabend, den 14. April 1894,
Abends 8 1/2 Uhr,
Generalversammlung
im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 43.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht pro I. Quartal 1894.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein
über Influenza.
4. Verschiedenes.
Alle Mitglieder werden ersucht, in
der Versammlung zu erscheinen.
Friedrich Freudenreich,
Vorstand,
Berlin S., Wilmannsstraße 18.
Bruno Gröblichner,
Kassirer,
Wasserthorstr. 14.
NB. Zahlung erfolgt bei Gröblichner,
Wasserthorstr. 14.

Passage-

Panopticum.
Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Gastwirth Brodmann.

Ich mache hiermit bekannt, daß ich
mein Lokal von der Berlinerstraße 38
nach der Bergstraße 11 in Rigdorf
verlegt habe. Hochachtungsvoll
Joseph Brodmann.

Weissensee.

Alte Partei-Kneipe
verläßt sofort wegen Todesfall und
Alter des Inhabers für den Preis von
4000 M. bei 1500 M. Miete.
Zum Pfeifen-Müller,
Königs-Chaussee 38.

Leo Saxe, Uhrmacher,

Gr. Frankfurterstraße 15, part.
Reparaturen zu soliden Preisen.

Homöopath. Heil-Institut u. d. Lehre

Dr. Hahnemann's,
Grüner Weg 41, I. U.
Sprechst.: 10-11 u. 2-5, Sonnt. 8-10

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linien-

straße 149, 8-10, 5 bis
7, Sonntags 8-10 Uhr.

Swinemünder

Gesellschaftshaus,
Swinemünderstr. 35,
empfiehlt seinen großen sowie kleine
Säle zu Versammlungen, Hochzeiten
und an Vereine. — Jeden Sonntag
öffentlicher Tanz. 5901b
Gueitsch.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend.

Des Stiftungsfestes wegen ist die **Versammlung Sonntag, den**
8. April, Vormittags 10 Uhr, **Annenstr. 16.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann-Banfow.**
2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten und Fragekasten.
495/3 **Dr. Vorstand.**

Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen.

(Delegirte der Ortskaffe.)
Da wir in unserer letzten Delegirten-Versammlung nicht alles so be-
sprechen konnten, wie wir wollten, so laden Euch die Interzeichneten zu einer
Versammlung am Montag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Philipp,
Rosenthalerstraße 38, ein. 208/11
Mit solidarischen Gruß: **Friedewald und Genossen.**
Tagesordnung in der Annonce am Sonntag.

Freie Vereinig. der Lokal- u. Straßenhändler u. Händlerinnen

Berlin und Umgegend.
Freitag, den 6. April, Abends 8 Uhr, bei **Sauermann, Albalberstraße 6:**
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neue Mitglieder. 4. Ver-
schiedenes. — Gäste willkommen.
2795b **Der Vorstand.**

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuth-Strasse 2.
Soeben erschienen:

Des Seemanns Leben und Leiden.

Zur Warnung für Die aus dem Binnenland,
zur Mahnung für Die von der „Waterkant“
nach ahnenmäßigen Belegen getren der Wahrheit geschiedert.
87 64 Seiten mit Umschlag.
Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg.

In keinem kapitalistischen Betriebe ist die Ausbeutung der menschlichen
Arbeitskraft so raffiniert schamlos und grausam, wie in Schiffahrtsgewerbe,
nirgends wird mit Leben, Ehre und Gesundheit der Arbeitkräfte so gewissenlos
umgegangen wie hier, nirgends ist der Arbeiter so wehrlos den Misshandlungen
brutaler Vorgesetzter ausgeliefert, als auf „unseren“ Schiffen. In zwölf Kapiteln
verbreitet die Schrift an Hand von allem möglich feststehenden Vorkommnissen
klares Licht über diese leider zu wenig gekannten Thatsachen und zeigt zugleich
den Weg, den die ausgebeuteten Seelente beschreiten müssen, wenn sie eine
Besserung ihrer Lage herbeiführen wollen.
Die Kapitel lauten: Was wollen wir? — Der Seemannsberuf und
das Kapital. — Behandlung der Seeleute an Bord. — Die Seemanns-
ordnung ist kein genügender Schutz der Seeleute. — Die Disziplinargewalt
des Kapitäns und der Schiffsoffiziere. — Rechtssprechung des Seemanns-
amtes. — Ausbeutung der Seeleute. — Seelenrecht frei. — Luxus und
Gland an Bord. — Auf Seeleute bezügliche endg.

Die Zukunft der Sozialdemokratie.

Von J. Diehgen.
Neuer Abdruck mit einem Vorwort und Nachtrag.
87 16 Seiten mit Umschlag.
Preis 10 Pfg., Porto 3 Pfg.

Die Schrift ist eine alte Antwort auf die alte Frage: Wie wird es im
Zukunftskampfe aussehen? Zum ersten Mal erschien die Broschüre in der Altentate,
Oktober 1878. Der Verfasser wurde verhaftet und am Abend vor Pfingsten mit
einem Bagagelwagen zusammengeführt ins Köliner Arresthaus transportiert, nach
zwei Monaten endlich freigesprochen, wiederum gefesselt und verhaftet,
abermals freigesprochen, abermals verhaftet, bis endlich der Kassationshof in Berlin
dieser Justizirung des deutschen Rechtsstaates ein Ende machte und Schrift und
Verfasser frei gab. Wenige Tage später wurde die „Zukunft der Sozialdemokratie“
sozialistengesetzlich verboten. Die Schrift ist heute doppelt lesenswert; sie zeigt
und sagt, daß und wie die Sozialdemokratie ihre Zukunft schafft.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“

Maifeier!

Zur Aufführung an diesem Tage geeignet:

Ravachol oder Maischrecken!

Zeitbild mit Gesang in 1 Akt.
Preis 40 Pf. Komplet 5 Bücher mit Noten (Oktav) portofrei 3 M. 35 Pfg.
Grüß an den ersten Mai!

Neuheiten in Komplets und Duetten. „Die Drückerberger“ etc.

Vertrag kann in Briefmarken (aller Länder) der Bestellung beigelegt werden.
A. Hoffmann's Verlag, Banfow-Berlin.
Vertr. Wien: 1. Wiener Volksbuch, Kommissionär Leipzig: F. G. Fischer.
Vertr. Zürich: Grütlivereins-Buchhandlung.
An allen 3 Orten vollständiges Lager meiner sämtlichen Verlagsartikeln.
Hauptquelle sämtlicher Bühnenliteratur. 2815b

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Beabsichtigte und unbeabsichtigte Täuschung seitens der Konkurrenz
veranlaßt uns, unser Fabrikat durch eine Marke zu schützen, die wir hiermit
den werthen Genossen und Genossinnen bekannt geben und zu beachten bitten.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend
SCHUTZ-MARKE.
(Eingetr. Genossenschaft n. a. b. H.)

Mit dieser Marke ist jedes unserer Brote belegt, und bitten wir bei
Erwerb von Genossenschafts-Brot darauf zu achten, daß das verabreichte
Brot diese Marke trägt.
97/19 **Der Vorstand.**

Tokayer

med. süßer Ungarwein, Literflasche 2,10 M., 5 Flaschen 1,85 M.
Eugen Neumann & Co., 679M
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 4. April 11 Uhr.

Am Ministerische: Thielens, Miquel.

Ohne Debatte genehmigt das Haus zunächst in dritter Berathung die Gesetzentwürfe betreffend die Aushebung der im Geltungsbereich des rheinischen Rechts bestehenden Vorschriften über die in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen und betreffend die Gleichstellung der Notare mit anderen Beamten bezüglich der Strafen bei Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel.

Es folgt die zweite Berathung des Vertrages zwischen Preußen und Lübeck betreffend den Elb-Trave-Kanal und des Gesetzentwurfs betreffend die Gewährung eines Beitrages Preußens (von 7 1/2 Millionen Mark) zu den Kosten der Herstellung dieses Kanals.

Die Vorlage wird nach sehr eingehender Debatte gegen die Stimmen der Konservativen (mit Ausnahme der Abgeordneten Bartels und Bülow-Edernförde) und des Zentrums-Abgeordneten Hauptmann angenommen.

Darauf folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Joruz wird für gültig erklärt.

Zur Wahl der Abgg. vom Rath und Oswald (Frankfurt-Rain), welche von der Kommission ebenfalls für gültig erklärt worden sind, liegt ein Antrag der Abgg. v. d. Rcht und Gernow vor, die Wahl zu beanstanden und Verweigerungen über verschiedene Punkte zu veranlassen.

Nach sehr lebhafter Debatte wird der Antrag der Kommission unter Ablehnung der Gegenanträge gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen angenommen.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Wahlprüfungen, Nachtragsetat betr. die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung, Eisenbahnetat.)

Lokales.

Die Adressen der Veranlasser bringen wir, da der Umzugstermin einige Veränderungen herbeigeführt hat, nachstehend zur Kenntnis der Parteigenossen. Veranlasser der sozialdemokratischen Partei sind:

Für den 1. Wahlkreis: Taterow, Zimmerstr. 95/96.

Für den 2. Wahlkreis: Felgentreff, Moritzstr. 50, part.

Für den 3. Wahlkreis: Werner, Bülowstr. 59, part.; Börner, Diefenbachstr.

Für den 4. Wahlkreis: St. Friz, Fürstenstr. 11, v. 4 Tr.; Wilhelm Börner, Ritterstr. 15, part.

Für den 5. Wahlkreis: Schulze, SO., Oppelnerstr. 3; D. Mattutat, SO., Wrangelstr. 124; R. Bengels, O., Reichstr. 30, 2 Tr.; F. Polze, O., Weidenweg 27/28.

Für den 6. Wahlkreis: Leo Palunter bei Wastke, Kreiswalderstr. 9; Klemens Mayer, Sophienstr. 27/28.

Für den 7. Wahlkreis: F. Pfarr, Wilsnaderstr. 49, Hof 2 Tr.; F. Schowski, Reinickendorferstr. 55, v. 1 Tr.; C. Helbig, Rügenstr. 23, part.; R. Augustin, Kastanien-Allee 11, part.

Die Rixdorfer Parteigenossen hatten vor längerer Zeit bei der zuständigen Behörde um Errichtung eines Gewerbegerichts petitionirt, doch blieb die hierfür eingesetzte Kommission ohne jede Antwort und die ganze Angelegenheit schien eingeleitet zu sein. Dies gab der Kommission Veranlassung, beim Landratsamt des Teltow'schen Kreises Anfrage zu halten, wie weit die Sache gediehen sei, worauf jetzt die Antwort eingegangen ist, daß die Akten sich bei der Regierung in Potsdam befinden. Offentlich wird durch die Anregung der Kommission erzielt, daß die Angelegenheit endlich einmal zur Entscheidung gebracht wird, da die Errichtung eines Gewerbegerichts für Rixdorf und Brix ein unabweisbares Bedürfnis ist.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist bereits auf dem Todtenacker angelangt. Nichts kennzeichnet wohl mehr den Haß und die Furcht, welche die Führer der Ordnung gegen die Sozialdemokratie erfüllt, als der Umstand, daß man sich schon durch Paragrafen gegen sozialistische Beerdigungen zu schütten sucht. In der Kirchhofordnung für den Begräbnisplatz der evangelischen St. Johannisgemeinde zu Luckenwalde hegt der § 9 die folgende ungeschickte Bestimmung:

„Leidtragenden oder Personen aus dem Leichengelage, welche Kränze mit rothen Schleifen hinter dem Gange her- und auf den Kirchhof hinaustragen, hat der Todtengraber den Eintritt zu verwehren bezw. sie unverzüglich vom Gottesacker zu verweisen.“ Kann sich die störrische Kraft und die Furchtslosigkeit der Kirche vor dem „Höfen“ herrlicher offenbaren, als in dieser Verpöndung der rothen Farbe, der Farbe, welche die einzige Partei, die erhabenen Hauptes von Menschenliebe reden kann, sich zum Symbol erwählt hat? Für unsere Parteigenossen wird das Zeugnis, welches eine christliche Gemeinde sich hier gegeben hat, ein sehr brauchbarer Agitationsstoff sein.

Die lange noch vorhandene Ausnahmezustand im Kreise Niederbarnim dauern? Dasselbe werden mit fast unheimlicher Regelmäßigkeit fort und fort Versammlungen aufgelöst. Freilich soll nicht behauptet werden, daß diese Maßregel auch bei Versammlungen von Konservativen oder sonstigen Gegnern der Arbeiterkloß geübt wird. Aufgelöst werden aber in Pankow selbst Kreisversammlungen, an denen nur Mitglieder und von diesen eingeführte Gäste theilnehmen. Sobald die Polizeifunde für das betreffende Lokal, wo die Versammlung stattfindet, herangelommen ist, geschieht die Auflösung auf Grund einer Verfügung! Sum! Auch die Versammlung des genannten Vereins, welche am 19. März in Pankow abgehalten wurde, verfiel diesem Schicksal. — Daß auch untere Polizeibehörden hier manchmal „schneidiger“ vorgehen, als es hinterher von „oben“ abgesehen werden kann, zeigte eine Mittheilung, welche „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

„Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte. „Terfelde Urtheil mit „die off. L. Hoffmann“ kürzlich machte.

Ein sonderbarer Beschluß des Vorstandes der Rixdorfer Orts-Krankenkasse erregt allgemein bedenkliches Kopfschütteln. Das Kassenlokal ist nämlich am 1. April aus der Hauptverkehrsstraße, wo es von allen Seiten leicht und bequem zu erreichen war, nach einer engen Seitengasse, der Rosenstraße, verlegt worden. Der Generalversammlung soll diese Angelegenheit gar nicht vorgelegt worden sein, sodaß die Sache jedenfalls noch viel Staub aufwirbeln wird.

Der Taumel, in dem die heutige Weltordnung zu Grunde geht, wird recht drastisch veranschaulicht durch eine der vielen harmlosen Mittheilungen aus der „Gesellschaft“, mit der Berliner Reporter sich in Provinzialblättern wichtig machen. Der „Schief. Jtg.“ schreibt ein solcher Kammerläder der oberen Behauptung aus der Reichshauptstadt:

In dem Luxus mit Blumen als Tafeldekorationen wird sehr allgemein den Dreihändlern der Vorzug gegeben, für die enorme Preise gezahlt werden. Kürzlich gab ein schlesischer Grundbesitzer, der in Berlin ein sehr großes Haus macht, ein Diner, zu welchem die ersten Treidhäuser Belgiens in Anspruch genommen wurden, die eine Kollektion der seltensten und ausgereichsten Exemplare lieferten, für die ein Betrag von mehreren Tausend Mark angewendet worden ist.

Das ist die „Gesellschaft“! Ihre Existenz wird bedingt dadurch, daß auf der Nachtseite des Lebens Millionen und Abermillionen in einem Zustand dahinsinken, der ihrem Dasein nicht den geringsten Werth verleiht, wenn diesen Millionen nicht das Pflichtgefühl innewohnt, daß sie die „göttliche“ Weltordnung von heute durch eine menschliche Ordnung der Dinge zu ersetzen haben.

Ein reizendes Verhältnis besteht zwischen den Behörden mancher Berliner Vororte und den Bauunternehmern. Wenn man auch dort ebenso gut baupolizeiliche Bestimmungen hat, wie in der Reichshauptstadt, so ist doch die Handhabung zwischen dort und hier grundverschieden. Wer vor den Thoren Berlins einen Bauerlaubnischein nachsucht, fängt mit der Arbeit gleich an und hat oft das Gebäude schon bis zum Ruhen fertiggestellt, wenn die Bauerlaubnis eintrifft. In gleicher Weise entgegenkommend verhalten sich die Behörden in bezug auf die Verbrauchsabnahme der Häuser. Sehr häufig werden die eben erst vollendeten Gebäude bezogen, ohne daß daraus den Eigentümern besondere Schwierigkeiten erwachsen. Die Behörde nimmt zwar den Wirth schließlich in eine Geldstrafe, hat ihn aber dafür die Miethen ruhig einheimen lassen.

Was die Gesundheitspolizei zu solcher Liberalität sagt, hat bisher noch nicht in Erfahrung gebracht werden können.

Im Betriebe der Stadtbahn wurde am Dienstag Abend dadurch eine größere Störung hervorgerufen, daß die Lokomotive eines von Westend nach dem Schlesischen Bahnhof fahrenden Stadtbahnzuges schadhafte geworden war. Glücklicherweise entstand der Defekt in dem Augenblick, als der Zug gegen 7 1/2 Uhr Abend den Bahnhof Bellevue verlassen sollte, wodurch einer Entgleisung auf offener Strecke vorgebeugt wurde. Der Train mußte so lange liegen bleiben, bis eine Reservemachse vom Lehrter Bahnhof eingetroffen war; der Verkehr nach dem Schlesischen Bahnhof war dadurch auf eine halbe Stunde gänzlich unterbrochen.

Ein sonderbares Fahrkarten-Kuriosum im Bereich der Stadtbahn ist von der Strecke Stralau-Kummelsburg nach Bahnhof Friedrichstraße zu melden. Fordert man auf der ersten Station eine Fahrkarte für 10 Pf., so erhält man ein Billet, welches bis Bahnhof Böse gültig ist; fordert man jedoch eine Fahrkarte nach Bahnhof Friedrichstraße, so erhält man eine Vorortsfahrkarte für 10 Pf., welche auch für die Stadtbahn zu benutzen ist. Dasselbe Verhältnis ergibt sich bei Fahrten von Bahnhof Friedrichstraße nach Stralau-Kummelsburg. Die Vorortsfahrten sind am Stadtbahnschalter zu lösen.

Zur Verhaftung des Stadtkassen-Rendanten Vergemann in Alt-Landsberg erfahren wir noch. Die am Montag Vormittag durch Herrn Kreissekretär Röhne hierher selbst vorgenommene Revision der Bücher des Deputationskassen ergeben, daß die Defizite rund 7000 M. betragen. Von dieser Summe entfallen auf die Stadt Alt-Landsberg, wie auch bereits gemeldet, 5000 M., auf den Niederbarnimer Kreis 2000 M. Als Deckung sind jedoch für die erregenschädigte Gläubigerin 4000, für den Kreis 1700 M. vorhanden. Vergemann verwaltete auch für den Niederbarnimer Kreis neben einer Chauffeur-Spezialklasse eine Unter-Rezeptur der Kreis-Sparkasse, doch sind die Bücher der letzteren in vollster Ordnung, so daß keine Sparverluste daraus erwachsen. Außer dem Manko von 7000 M. aus öffentlichen Geldern haben Freunde und Bekannte des V. den Verlust von etwa 8000 M. zu beklagen, welche Summe der Stadtkassen-Rendant in letzter Zeit aufgeborgt hat. Wo diese 15 000 M. geblieben sind, darüber verweigert V., der ein Jahresgehalt von 2400 M. bezog, jegliche Auskunft.

Ein neues Ahtwardtblatt. In einer am Dienstag Abend abgehaltenen Versammlung kündigte Ahtwardt höchst eigenhändig das Erscheinen eines neuen Antisemitenblattes „Der Bundschuh“ an, das er selber redigiren werde. Seinen Befähigungsnachweis als Redakteur legte der berühmte Mann dadurch ab, daß er seinem Publikum erklärte, der Name „Bundschuh“ stamme aus der Zeit der französischen Revolution her.

Die Rixdorfer Volksbibliothek wird am Sonntag, den 8. d. Mts., eröffnet. Die Verleihung der Bücher ist unentgeltlich, doch haben die Entnehmer irgend eine Legitimation vorzuzeigen. Auf die Arbeiter-Literatur soll, entgegen der Berliner Volksbibliothek, ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Wir werden später noch einmal auf diese Volksbibliothek zurückkommen.

Verkaufsstellen für australisches Fleisch sollen demnächst in Berlin errichtet werden, nachdem man damit in Hamburg Erfolg erzielt hat. Der Preis des frischen Fleisches, welches in Eispackung und luftdicht verschlossenen Behältern herüber kommt, stellt sich 20—25 pCt. billiger, als die heimische Waare.

Für die Dampfstraßenbahn war der letzte Sonntag ein rechter Unglückstag. Am Sonntag Abend fuhr der Bremser Behrendt auf Schöneberg mit einem Straßenbahnzuge von Schmargendorf nach Wilmersdorf. In der Nähe des Schwargendorfer Bahnhofes fiel er aus unbekannten Gründen von der Maschine auf das Nebengeleise und wurde von einem entgegenkommenden Tramway überfahren, wobei dem Unglücklichen das linke Bein vollständig zertrümmert wurde. Außerdem wurden fünf Maschinen in Folge von Entgleisungen erheblich beschädigt. Endlich brach an einem Personenwagen während der Fahrt eine Axt, so daß der Wagen ausgefetzt werden mußte. Passagiere sind dabei glücklicherweise nicht verletzt worden.

Auf unerklärliche Weise verschwunden ist aus Klein-Schönebeck das vierjährige Töchterchen des Tagelöhners Göß, der aus dem benachbarten Rittgert Schöneiche in Arbeit steht. Das Kind war Sonntag Nachmittag mit drei älteren Geschwistern nach dem Karouffel gegangen und ist dort am hellen Tage verschwunden. Die Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben. Ein Unfall, etwa durch Ertrinken, ist ausgeschlossen, da kein tieferes Gewässer in der Nähe sich befindet. Die kleine Martha Göß ist hellblond,

geistig und körperlich gut entwickelt und trug ein blaues Rattumleidchen mit weißer Schürze.

Gefändete Bierfässer. Bei dem Präsidenten des hiesigen Amtsgerichts war vor einiger Zeit von seiten mehrerer hiesiger Brauereibesitzer der Antrag gestellt worden, es möchten die Gerichtsvollzieher dienlich angewiesen werden, in allen denjenigen Fällen, wo sie Bierfässer im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung zu pfänden haben, welche den Stempel einer hiesigen Brauerei tragen und danach als deren Eigentum kenntlich sind, der betreffenden Brauerei von der erfolgten Pfändung Mittheilung zu machen. Dies Gesuch wurde abschlägig beschieden, weil die verlangte Anordnung gegen das Gesetz verstoße. Nunmehr wollen die Brauereibesitzer in dieser Angelegenheit einen neuen Antrag dahin stellen, daß die Gerichtsvollzieher angewiesen werden, im Falle der Pfändung von Bierfässern an eine bestimmte Adresse Mittheilung zu machen, sobald die öffentliche Versteigerung dieser Pfandstücke stattfindet. Zur Begründung dieses Gesuches wird mitgeteilt, daß in Berlin seit Jahren eine umfangreiche Entwendung von Bierfässern stattfindet und der Verdacht besteht, daß einzelne Personen, welche gelegentlich einmal einige Gebinde auf einer gerichtlichen Auktion erheben, zahlreich anderweit Fässer ankaufen, die hiesigen Brauereien entwendet sind. Das Manko einer mittelgroßen Brauerei an Bierfässern wird in einem Jahre auf einen Werth von 10—12 000 M. geschätzt, so daß, da die Klagen bei allen Brauereien die gleichen sind, ein jährlicher Gesamtverlust bei den 40 Berliner Brauereien von rund 400 000 M. an Fässern angenommen wird. Um den Verbleib dieser Gefäße genauer auf die Spur zu kommen, soll eine bekannte Abzugsquelle, die der gerichtlichen Pfändung und Versteigerung, längst etwas strenger unter Kontrolle genommen werden, als dies bisher möglich war.

Es geschehen Zeichen und Wunder. Selbst der unerschuldigste Bürgerverein wird rabiat, giebt der Wahrheit die Ehre und geht los wie eine alte Karthause, wenn es gilt, die nach allen Richtungen der Windrose davongelaufenen Mitglieder wieder um das matglühende Vereins-Fingergelb zu versammeln. In der Beitrittsaufforderung des deutschen Bürgervereins Nord-Ost, die in den letzten Tagen jedem Adressbuch-Bärtigen ins Haus getragen wurde, findet sich folgende Stelle: „Vor allem aber gilt es, den Schwachen und Armen kräftigen Schutz zu gewähren gegen die stärkeren Konkurrenten und die arbeitsscheuen Kapitalisten.“ Der Verein will das erreichen, indem er vierteljährig von jedem Mitglied einen Beitrag von wenigstens 50 Reichspfennigen einbeht und monatlich eine Versammlung abhält. Um das tapfere Bürgerthum von seiner unerbittlichen Kampflust vollends zu überzeugen, hat der Verein ein Weiteres gethan und zwei Kriminal-Schuhleute auf einmal in seinen Vorstand genommen. — Na, 's kann weiter losgehen!

Ein Unglücksfall ereignete sich am Dienstag Abend bei der Theatervorstellung im Passage Panoptikum. Die Luftvoltheure des deux G'Orges arbeiteten hoch oben unter dem Pfand am fliegenden Trapez. Zum Schutze des Publikums war quer durch den Saal ein großes Netz gespannt. Die Vorstellung war glücklich verlaufen bis zum Schlußact, der darin bestand, daß der ältere der Artisten den „Tobensprung“ von der Decke aus in das Netz zur Ausführung brachte. Im selben Augenblick, als G'Orges herabstürzte, erhob sich ein Herr im Zuschauerraum und versuchte, unter dem Netze hinwegzugehen, wobei er in das Netz stürzende Künstler so unglücklich auf dem Kopf aufstieß, daß der Fremde sofort betäubt zu Boden stürzte. Der Verunglückte, der ein Versicherungsagent Neumann von außerhalb sein soll, mußte in das in demselben Hause belegene Passage-Hotel gebracht und in ärztliche Behandlung gegeben werden. Der Zustand des N. der durch den Anprall eine Gehirnerschütterung und eine Beschädigung der Wirbelsäule davongetragen hat, ist sehr besorgniserregend. Der Artist ist bei dem Zusammenstoß nur unbedeutend beschädigt worden.

Verhaftet sind die Inhaber eines Agentengeschäfts für Fener- und Lebensversicherung aus der Frankfurterstraße, Namens H. und B. Sie nahmen junge Leute als Rechercheur und Acquisiteure an, ließen sich Kautionen von 300 bis 500 M. geben und verbrauchten diese für sich. Die Zahl der Geschädigten beträgt etwa 20.

Schon wieder ist ein Selbstmord eines Kindes zu verzeichnen. In der Leiche des am Sonnabend im Louisestädter Kanal aufgefundenen Knaben ist der 14jährige Schüler Albert Maduth festgestellt worden, der bei seinem Stiefvater, dem Friseur Fedepich in der Schlemmerstr. 18 wohnte. Der Knabe war seit dem 29. Januar d. J. verschwunden. Die Angehörigen nehmen an, daß er freiwillig den Tod gesucht habe, nachdem er auf ein ihm gebührendes Sparkastengeld erhoben und vernachlässigt, daraus aber eine Strafe fürchtete. Die Staatsanwaltschaft ist dagegen zu einem klaren Urtheil noch nicht gelangt und hat daher die gerichtliche Leichendöffnung angeordnet.

In dem Ehedrama in der Mehnerstraße, über welches wir ausführlich berichteten, erfahren wir noch weiter, daß der Maler Franz Dietrich, welcher den geschilberten Mordversuch auf seine Frau verübte und sich dann selbst den Hals durchschnitt, noch immer in Lebensgefahr schwebt und nicht sprechen kann, da ihm die Kräfte im Krankenhaus Friedrichshain eine Canulle in den Hals einsetzen mußten. Es konnte daher auch noch nicht festgestellt werden, ob er bei der That im Zustande geistiger Unmündigkeit handelte. Seine Frau, welche infolge der mit dem Beil erhaltenen Schläge noch krank darniederliegt, will allerdings Spuren geistiger Zerrüttung früher an ihm nicht bemerkt haben.

Großes Aufsehen verursacht in den Kreisen der Rauch- und Pelzwaarenbranche der vor einigen Tagen erfolgte Zusammenbruch der ältesten und sehr angesehenen Firma Kay, Alexanderstraße. Der Niedergang ist allem Anschein nach dadurch hervorgerufen, daß eine Verwandte des Firmeninhabers bedeutende Kapitalien aus dem Geschäft herauszog und dadurch pekuniäre Schwierigkeiten in dem großen Betriebe hervorgerufen wurden. Die Passiven betragen 108 000 M.; ein Lagerbestand ist so gut wie gar nicht vorhanden; die außenstehenden Buchforderungen betragen 81 000 M. In der gestern abgehaltenen Gläubigerversammlung bot der Erbe 50 pCt. eine Offerte, die jedoch von den Gläubigern, welche zumeist Berliner Firmen sind, abgelehnt wurde. In jedem Falle soll ein gerichtlicher Konkurs vermindert werden, da die Firma zu liquidiren gedient.

Unter dem Namen „der Mönch“ war ein Lumpensammler unter den Mitgliedern seiner Kunst bekannt, der gestern Morgen um 8 Uhr durch einen Arbeitsburchen in dem Keller des Hauses Fischerstr. 2 unter Lumpen als Leiche aufgefunden wurde. Wahrscheinlich hatte er sich dort eingeschlichen, um zu nächtigen und ist plötzlich vom Tode ereilt worden. Die Schuld eines Dritten scheint ausgeschlossen zu sein. Die Feststellung der Persönlichkeit wird voraussichtlich mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, wie es fast immer in bezug auf jene Unglücklichen der Fall ist, die namenlos und obdachlos in der Großstadt umherirren. Wir erinnern hier an den noch nicht aufgeklärten Fall Reglass, wo die Ermordete sogar als die Lumpensammlerin beerdigt wurde.

Sittlichkeitsverbrechen. In der Anstaltsfrage zu Rixdorf wurde am Sonntag Abend ein 16jähriges Mädchen von

mehreren jungen Burschen vergewaltigt. Ein der That dringend verdächtiger junger Mensch wurde vorgestern gefänglich eingezogen, die übrigen Beteiligten sind noch nicht ermittelt.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Vormittags wurde vor dem Hause Linienstr. 3 ein Knabe durch einen Möbelwagen überfahren und an beiden Beinen bedeutend verletzt. — Mittags drang ein Handwerker in die in der Rehmerstraße belegene Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau und brachte ihr mittels eines Küchenbeils drei Schläge auf den Hinterkopf bei, anscheinend ohne sie gefährlich zu verletzen. Er selbst verletzte sich darauf durch einen Messerschnitt am Halse so schwer, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Frankfurter Allee 128 gerieth ein Mädchen unter die Räder eines Schlächterwagens und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und am Arme. — In der Straße hinter dem Viehhaufe wurde eine Frau durch eine Droschke überfahren und am Kopfe und an der Schulter erheblich verletzt. — Im Stichtanal, bei der Sellenbrücke, wurde Nachmittags die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — In der Verlängerten Artilleriestraße gerieth ein Knabe unter die Räder einer Kutsche und erlitt bedeutende Verletzungen an der Hand und am Knie. — Ein Arbeiter fiel vor dem Hause Königgräferstr. 139 infolge von Krämpfen nieder und verletzte sich schwer an der Stirn. — Gegen Abend fiel ein Maurer auf dem Neubau Stephansstr. 27 beim Abreißen einer Stangenrüstung etwa 2 Meter tief hinab und erlitt einen Knöchelbruch. — Abends erschoss sich ein Gymnasiast in der Wohnung seiner Großmutter, in der Köpcke'schen Straße. — Im Laufe des Tages fanden 9 Brände statt.

Kleine Theater- und Literatur-Chronik.

Adolf Sonnenthal beabsichtigt im Neuen Theater noch in M. Klapp's Lustspiel „Kosentanz und Galdenstern“ aufzutreten. — Oskar Blumenthal hat während des Gastspiels, das er mit einem Theil des Personals vom Festspiel-Theater dieser Tage in Moskau gab, mit Leo Tolstoj konferirt und gefunden, daß der berühmte Russe sich mit der gegenwärtigen Literatur Deutschlands überaus vertraut zeigte. — Jola contra Nordau. Ein Reporter hat Emile Jola ausgefragt, um von ihm zu erfahren, was er zu der Behauptung Max Nordau's sage, der gemäß der Verfasser der Rougon Macquart den Ginfall, einen Stammbaum dieser Familie zu entwerfen, einem Roman des Dr. Paul Aubry „La Contagion du Mourre“ entlehnt hätte. — „Max Nordau,“ rief Jola, als er das Anliegen des Befragten hörte, „wissen Sie denn, was dieser Max Nordau ist? — Vielleicht ein ausgezeichnete Gelehrter (1), der aber mit nur äußerst geringem Beweismaterial ausgestattet ist. Er verrichtet sein Werk des Herunternehmens aufs Geratewohl, nimmt seine Dokumente wie er sie findet, oder sogar, wie man sie ihm bringt, ohne sie zu sichten oder zu prüfen. Ueberdies wirft er mit der größten Geistesruhe die ernsthaftesten und gewichtigsten Schriftsteller mit den Literaten oder Dichtern des „Gatnoir“ durcheinander.“ Nach dieser Einleitung, die an das Sprichwort „auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil“ erinnert, versichert Jola, er hätte von der Familie Rerengal und deren Stammbaum, den Paul Aubry entworfen hat, niemals etwas gehört, und derjenige der Rougon Macquart wäre sein rechtmäßiges geistiges Eigentum.

Witterungsübersicht vom 4. April.

Stationen.	Barometer Stand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (p. M. = 4 p. M.)
Ewinemünde	766	NO	3	bedeckt	4
Hamburg	765	EO	2	wolkenlos	6
Berlin	765	NO	1	wolkenlos	6
Biesbaden	763	NO	1	wolkenlos	7
München	764	SW	2	halb bedeckt	7
Wien	765	S	1	halb bedeckt	5
Saparanda	769	SW	2	bedeckt	1
Petersburg	763	NO	1	heiter	12
Coof.	768	EO	1	bedeckt	6
Aberdeen	768	EO	1	bedeckt	6
Paris	762	Stil	—	wolfig	10

Witterung in Deutschland am 4. April, 8 Uhr Morgens. Bei langsam steigendem Barometer und schwachen, in Norddeutschland nordöstlichen, in Süddeutschland südwestlichen Winden herrscht heute wieder allgemein trockenes und im Binnenlande meistens heiteres, in manchen Gegenden nur etwas nebeliges Wetter. An der Küste hingegen, namentlich an der Ostküste, ist der Himmel noch größtentheils bewölkt. Die Temperatur, welche gestern Nachmittag viel weniger hoch als in den vorausgegangenen Tagen fiel, liegt heute Morgen zu Chemnitz und Münster nur 2 Grad über dem Gefrierpunkte; an verschiedenen Orten fanden Nachfröste statt.

Berliner Wetterbureau.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. April 1894 auf Grund lokaler Beobachtungen und des meteorologischen Depeschmaterials der deutschen Seewarte privatlich aufgestellt. Trockenes und vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit schwachen nordöstlichen Winden und ziemlich hoher Tages-temperatur. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Wegen eines gegen die Pferdebahn-Gesellschaft verübten angeblichen Betruges standen gestern zwei junge Kaufleute vor der 5. Strafkammer dieses Landgerichts I. Beide Angeklagte bestiegen am 28. Oktober an der Ecke der Schönhauser- und Mühlstraße einen Pferdebahnwagen der Strecke Demminers-straße-Kreuzberg, um nach dem Moritzplatz zu fahren. Da beide Herren noch vor der Haltestelle an der Kochstraße aufgestiegen waren, so durchlochte der Schaffner, der um zwei Fahrtscheine à 10 Pf. ersucht worden war, die Strecke Schönhauser-Köpenickerstraße. Die beiden Fahrgäste fuhren aber über diese Strecke hinaus und der Schaffner wurde auf sie dadurch aufmerksam, daß der eine von ihnen sagte: „Ach, ich fahre weiter!“ Der Schaffner war nun zunächst der Ansicht, daß er sich vielleicht in der Durchlochung des Fahrtscheins geirrt habe; er überzeugte sich aber, daß dies nicht der Fall war, die Fahrgäste vielmehr widerrechtlich über die Bahnstrecke hinausfahren. Daraufhin erfolgte die Anklage wegen Betruges. Die Angeklagten wurden vom Schöffengericht freigesprochen, da das Gericht die Merkmale des Betruges nicht für vorliegend erachtete. Der Staatsanwalt legte Berufung ein, da nach seiner Meinung mindestens versucht der Betrug vorliege. Gegen diese Ansicht machte Rechtsanwalt Dr. Cosmann geltend, daß man den Angeklagten auch einen versuchten Betrug nicht nachweisen könne, da dieselben versicherten, nicht gewußt zu haben, daß das Auffpringen auf den Wagen so wenige Schritte von der Haltestelle Kochstraße den Fahrpreis verändern würde. Der Gerichtshof glaubte dieser Versicherung, verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft und erkannte auf Freisprechung.

Knepfereien der schlimmsten Art bildeten die Unterlage einer umfangreichen Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank erschien die separirte Pauline Krüger, eine Frau, die sich „Magnetopathin“ und „Gleitsch-Domopathin“ nennt, die von der leidenden Menschheit vielfach in Anspruch genommen wird und die es verstanden hat, sich mit einem Nimbus zu umgeben, von dem sich selbst hochstehende Personen gefangen

nehmen lassen. Die Anklagebehörde behauptet nun, daß alle angeblichen Heilerfolge der Frau Krüger auf eitel Lug und Trug zurückzuführen sind, es ist nach dieser Richtung hin eine Menge Material zusammengetragen und zu Anklagen konstruirt worden, welche auf wiederholten Betrug, sabbellässige Körperverletzung in 2 Fällen, auf Erpressung und wissentlich falsche Anschuldigung lauten. Zunächst gelangte folgender Fall zur Erörterung: Die Ehefrau des an der Nationalgalerie angestellten Pförners Rasch litt seit Jahren an einem Krebsgeschwür. Als das Rückenmark von der Krankheit ergriffen wurde, erklärten die Ärzte, daß an eine Genesung nicht zu denken sei. Der Ruf der in der Königsbergerstraße wohnenden Frau Krüger drang auch zu den Ohren des Eheannes Rasch, welcher beschloß, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Frau Krüger kam, sah und erklärte mit überlegenem Blick, daß sie die Kranke auf Grund der ihr innewohnenden magnetischen Kräfte innerhalb vier Wochen gesund machen wolle. Es wurde verabredet, daß die Kranke zweimal wöchentlich magnetisirt werden sollte. Für jeden magnetischen Akt sollte die Angeklagte 5 M. bekommen. Später wurde ein monatlicher Preis von 30 M. vereinbart. Die Kur dauerte Monate hindurch, ohne daß von einem Erfolg die Rede sein konnte. Die Angeklagte stellte auf Wunsch des Rasch ihre Besuche ein. Nach längerer Zeit sandte die Angeklagte dem Rasch eine Rechnung über 24 M. Als Rasch die Zahlung verweigerte, schrieb ihm die Angeklagte, daß sie ihn bei der Staatsanwaltschaft anzeigen werde, wenn er sie nicht zufrieden stelle. Sie habe das Geld schwer verdient, denn durch ihre magnetischen Akte habe sie den Krankheitsstoff aus dem Körper der Patientin in sich aufgenommen und darunter schwer leiden müssen. In diesem Verhalten der Angeklagten erblickte die Staatsanwaltschaft eine verführerische Erpressung.

Nicht minder trübe Erfahrungen hat die Ehefrau des Steneraufsehers Rahn mit der Angeklagten gemacht. Sie litt an chronischer Gelenkentzündung. Die Angeklagte brachte an vielen Körperstellen der Kranken gleichzeitig spanische Fliegen an, erzeugte dadurch eiternde Geschwüre und steigerte die ohnehin heftigen Schmerzen der Kranken bis zur Unentzerrlichkeit. Einer anderen Patientin der Angeklagten hat ein Fuß abgenommen werden müssen, was ebenfalls einer verkehrten Behandlung zugeschrieben wird. Die so schwer Beschuldigte beantwortete auch im Termine alle Vorhaltungen und Fragen des Präsidenten mit einem überlegenen Lächeln. Ihr Wohnort, so behauptete sie, eine besondere magnetische Kraft inne und ihre Heilerfolge grenzten an das Wunderbare. Sie habe doch eine Menge Atteste von hochstehenden Personen, Gräfinnen, Baronessen u. s. w. eingereicht, werde besonders von der Geistlichkeit in Anspruch genommen und heiße selbst in ärztlichen Kreisen „die Zodienerin“. Wie könne sie da wohl eine Schwindlerin sein? 200 Personen, welche blind und von den Ärzten für unheilbar erklärt waren, habe sie gesund gemacht, alle würden für sie eintreten. Als in diesem Augenblicke eine weibliche Person auf dem Platz des Gerichtsbauhauses in Schreikrämpfe verfiel, so daß die Verhandlung dadurch gestört wurde, erbot sich die Angeklagte, hinauszugehen, um die Schreiende durch einmaliges magnetisches Bestreichen auf der Stelle zur Ruhe zu bringen. Der Gerichtshof nahm das Anerbieten nicht an, sondern beschloß, zunächst den als Sachverständigen anwesenden Medizinalrath Dr. Long darüber zu hören, ob die Angeklagte nicht etwa geistesgestört sei. Dr. Long erklärte, er sei überzeugt, daß die Angeklagte ihre magnetische Kraft dazu benutzte, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Sie sei entweder eine Betrügerin von großer Gemeingefährlichkeit oder geisteskrank. Er beantrage, sie auf sechs Wochen in der Charitee unterzubringen, damit ihr Geisteszustand untersucht werden könne. Der Gerichtshof beschloß trotz des energischen Einspruchs der Angeklagten nach diesem Antrage.

Um verdorbenes Schmalz handelte es sich in einer Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schlächtermeister F. z. H. zur Verhandlung gelangte. Am 15. November v. J. kaufte eine arme Frau in dem Laden des Angeklagten für 10 Pf. Würstschmalz. Sie erhielt eine so große Menge, daß sie sich zu Hause eine Scheibe Brot ausnahmweise die damit bestrich. Nachdem sie gegessen hatte, wurde sie von heftigem Unwohlsein befallen. Nachbarn prüften das Schmalz mit Nase und Zunge. Sie erkannten, daß es verdorben war und veranlaßten die Frau, das Schmalz dem Verkäufer wieder hinzutragen. F. z. H. war über die Behauptung, daß er schlechte Waare verkauft haben sollte, empört, er jagte die Frau hinaus, die das Schmalz nun zur Polizei trug. Die Sachverständigen erklärten die Waare für verdorben, Dr. Long bezeichnete sie als gesundheitsgefährlich. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß Würstschmalz das billigste Schmalz sei, welches überhaupt verkauft werde. Es koste nur 40 Pfennige das Pfund und bestche aus Fett, welches bei der Wurstherstellung übrig bleibe. Es sei dem Verderben leicht unterworfen und die in Rede stehende Waare müsse erst in der Zeit verdorben sein, die zwischen dem Verkaufe und der Untersuchung gelegen habe. Der Staatsanwalt hielt nur eine Fahrlässigkeit für vorliegend, beantragte aber mit Rücksicht darauf, daß es sich um ein Nahrungsmittel für den armen Mann handelte, eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dorn, erwiderte, daß der Gerichtshof das Strafmaß auf eine Geldstrafe von 50 M. ermäßigte.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz hatten sich in der letzten Sitzung des Rixdorfer Schöffengerichts wieder mehrere Personen zu verantworten. Der Händler Emil Arthur Lange wurde wegen fahrlässigen Verkaufes verfällichter Butter zu 5 M. Geldbuße, event. 1 Tag Haft, die Gastwirth Otto'schen Eheleute wegen Feilhaltens bezw. Verkaufes verfällichter Rums zu je 10 M. event. 2 Tagen Gefängnis und die Handelsfrau Marie Emilie Lorenz aus Brunsdorf wegen Verkaufes einer bereits in Fäulnis übergegangen, anscheinend krepirten Gans zu 15 M. Geldstrafe event. 5 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Ein wenig glückliches Eheleben wurde in einer Verhandlung vor Augen geführt, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Maurer Gelfert trat als Belastungszeuge gegen seine Ehefrau auf, die er wegen Urkundenfälschung bestrafen wollte. Der Zeuge erklärte, daß seine Ehefrau eine sehr schlechte Wirtschaftlerin sei. Sie habe regelmäßig 15 Mark wöchentlich zur Bekleidung des Haushaltes erhalten, aber Schulden über Schulden gemacht. Als er schließlich genöthigt gewesen sei, seine Entlohnungsbücher anzugreifen, habe er sich herausgestellt, daß die Entlohnungen gesalbt seien. Wenn er seiner Frau die ersparten Beträge eingehändigt hatte mit der Befugung, dieselben zur Sparkasse zu tragen, hatte sie das Geld für sich behalten und die Entlohnungen selbst gemacht. Die Angeklagte gab die Strafbat zu, entschuldigte sich aber damit, daß ihr Ehemann in seinem häuslichen Leben zu große Ansprüche gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte nur eine Gefängnisstrafe von drei Tagen, der Gerichtshof erkannte aber auf eine Woche Gefängnis.

Ein Raufspiel vor dem Reichstagswahl ging am Donnerstag vor der Strafkammer des Landgerichts zu Duisburg in Szene. Dasselbe hat um so mehr Interesse, als es eine amtliche Wahlbeeinflussung betrifft und auch die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages noch beschäftigen wird, da gegen die Wahl des dem Kreis vertretenden Abg. Hammacher (natl.) nicht nur von seiten der Sozialdemokraten, sondern auch von seiten der ultramontanen Partei Protest eingelegt ist. In Herten am Rhein sollte am Sonntag vor der Wahl eine öffentliche Wählerversammlung, von sozialdemokratischer Seite ein-

berufen, stattfinden. Die Polizeibehörde vereitelte dieses Vorhaben, indem sie dem Wirth für die Zeit, in der die Versammlung tagen sollte, die Schankperre aufhob. Am Vormittag desselben Tages hatte aber eine antimilitarische Versammlung ruhig tagen dürfen. Die Nachmittagsversammlung war durch diese Maßregel unmöglich gemacht. Die Genossen machten nun von ihrem Recht Gebrauch, und vertheilten vor dem verschlossenen Versammlungsorte Stimmzettel und Flugblätter. Aber auch das erregte das Mißfallen der Vertreter der Obrigkeit. Es wurde zu verhindern gesucht, und diese Verhinderung gelang auch, wenigstens zum Theil. Da durch solches Vorgehen der Polizeibeamten die Agitation in dem Ort behindert wurde, verfaßten einige Interessenten noch am selben Tage ein Flugblatt, welches den Einwohnern von Herten die Vorkommnisse klar legte und als Protest gegen die Polizeimaßnahmen zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten aufgedruckt. Dieses Flugblatt war der Gegenstand der gestrigen Landgerichts-Verhandlung. Der Bruder und Verleger, F. Strunk, sowie der Besteller, Genosse Scharnweber in Duisburg waren wegen Vertheilung des Flugblattes angeklagt. In dem Flugblatt wurde behauptet, daß die Schankperre, sowie der Zwischenfall, die Stimmzettel-Vertheilung betreffend, amtliche Wahlbeeinflussung sei. Einige Zeugen behaupteten, daß die Polizeibeamten den Stimmzettel-Vertheilern die Zettel fortgerissen und vernichtet haben, während andere Zeugen (Polizeibeamte) behaupteten, die Zettel seien den Vertheilern entfallen und die Beamten hätten dieselben an sich genommen. So viel ist thatsächlich festgestellt, daß die Beamten selbst auf das Verlangen der Zettelvertheiler, die Zettel wieder freizugeben, dies nicht gethan haben. Nun bezieht sich aber der Sach im Flugblatt, welcher von amtlicher Wahlbeeinflussung spricht, nicht allein auf die Stimmzettel-Angelegenheit, sondern auch auf die Schankperre. Rechtswürdiger Weise hat die Anklageschrift den Vorwurf, daß der Landrath des Kreises der Sohn des Abgeordneten Hammacher sei, und als solcher die amtliche Wahlbeeinflussung zu gunsten seines Vaters durch Aufhebung der Schankperre hätte vermeiden können, vollständig unberücksichtigt gelassen.

Es hieß auch in der Urtheilsverföndung, daß wohl einige Beamte sich haben Fehler zu Schulden kommen lassen, die Strafantragsteller, Polizeibeamte aus Sterkerade aber berechtigt waren, Antrag zu stellen, auch thatsächlich beleidigt worden seien, weil es im Flugblatt heißt: „Dieselben Polizeibeamten“ hätten die Stimmzettel zerissen, welche zur Herten Obrigkeit gehören, die die Schankperre veranlaßt. Es waren aber nicht die Beamte aus Herten, sondern aus Sterkerade, mithin sind die Sterkerader Beamten beleidigt. (1) Freilich haben die Verfasser und Drucker des Flugblattes nicht erst jeden Beamten, welches sein Revier sei. Aber die Rath, die Rath ist gerechtfertigt; obwohl der wesentliche, die amtliche Wahlbeeinflussung feststellende Theil des Flugblattes nunmehr gerichtlich erwiesen, respektive nicht bestritten ist, muß Genosse Scharnweber 25 M. und die Kosten bezahlen. Die Duisburger Blätter können den Spießbürgern wieder von der Beurtheilung eines Pöbels berichten. Der Verleger und Drucker wurde freigesprochen. Zur Naturgeschichte der deutschen Staatsanwälte dürfte die Mittheilung noch einen interessanten Beleg bilden, daß gegen Scharnweber drei Monate Gefängnis, gegen den Drucker 25 Mark Geldstrafe beantragt waren!

Soziale Uebersicht.

Achtung! Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen! Vom 6. bis 20. April finden die bereits angekündigten neun Versammlungen für Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen statt zum Zwecke der Agitation, Besprechung der gewerkschaftlichen Verhältnisse und deren Besserung. Arbeiter und Arbeiterinnen! Bedarf es noch irgend eines Hinweises, daß Ihr erscheinen müßt, wenn es sich darum handelt, Eure soziale Lage zu besprechen? Bedarf es noch eines Hinweises, wenn es gilt, die Verhältnisse an das Tageslicht zu ziehen, unter denen Ihr tagtäglich zu leiden, mit denen Ihr fortwährend zu kämpfen habt? Es ist Niemand unter Euch, an welchem die Niederschläge der gewerblichen Anarchie ohne Spuren vorübergehen. Die Lage im Buchdruckgewerbe ist eine bedauerndwerthe. Die Einigkeit unter der Arbeiterchaft wird durch einige Verräthen, die im Solde der Prinzipalitäten stehen, zu fänden gesucht. Diese gehen aus den Simpelsang aus, um unter der Flagge eines Antiverbandes sich der noch nicht zur Erkenntnis gekommenen Gehilfen unter falschen Vorpiegelungen zu bemächtigen. Bedarf es daher irgend noch eines Hinweises, um in den Versammlungen zu erscheinen? Oder wäre es etwa die Furcht, welche Euch abhielt Eure Lage zu schildern, jene Elemente an den Pranger zu stellen, welchen Ihr Eure ganze erbärmliche Lage zu danken habt? Ihr, Ihr werdet Euch davor nicht fürchten! — Oder sollte es wirklich der Fall sein? — Solltet Ihr Euch durch die Martern der sozialen Verhältnisse, oder von jenen Gesellen, welche die wirtschaftliche Nothlage benutzen, Euch fesseln anzulegen und sich Vortheile zu verschaffen, in Schach halten lassen? Das glauben wir nicht! Noch ist in Euch zu viel Sinn für Solidarität und Pflichtgefühl! — Erscheint in den Versammlungen und beweist dadurch, daß Euch Gerechtigkeit und der Gesammtheit Wohl am Herzen liegt! Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Löhner! Die Differenzen der Löhner mit der Firma J. G. Schmidt-Bestemünde sind noch nicht erledigt. Der Bezug ist bis auf weiteres ferngehalten.

Die Kommission.

Die Maler zc. von Bremerhaven und Umgegend sind am Montag, den 2. April, in einen Streit eingetreten. Sie verlangen eine neunstündige Arbeitszeit mit einem Minimum von 45 Pf. pro Stunde. Die Forderung ist gerecht und billig. Wir fordern nun alle Maler sowie Genossen und Arbeiter auf, die Streikenden in ihrem Kampf zu unterstützen, indem sie suchen, den Zugang nach Bremerhaven fernzuhalten. Die Lage ist ausgezeichnet und in wenig Tagen, wenn alle den Streikenden die moralische Unterstützung angedeihen lassen, wird der Sieg zu gunsten der Maler und zum Wohle der gesammten Arbeiterschaft ausgefallen sein.

Die Gewerkschafts-Kommission von Bremerhaven und Umgegend. Alle Anfragen zc. sind zu richten an Herrn Küstau, Lehe, Buchstr. 13. Um Abdruck in allen Arbeiterblättern, wird gebeten.

Achtung, Kupferschmiede! Am Sonntag, den 31. März, beschloß die Filiale Hamburg, daß der Zugang nach Hamburg wegen Differenzen bezüglich des Meisterarbeitsnachweises ferngehalten ist. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streit in der Schulze'schen Möbelfabrik in Bremen dauert fort! Da von den Agenten des p. p. Schulze Arbeiter angeworben gesucht werden, erluchen wir die Kollegen Obiges zu beachten und den Zugang fernzuhalten. Der Vorstand der Fabrikstelle Bremen. J. A. Otto Kahl.

Die Steinseher in Stettin haben die Arbeit bis auf drei Mann niedergelegt, weil sich dieselben von den Innungsmeistern geplauten, 20 v. H. und mehr betragenden Lohnabsetzung nicht fügen wollen. Als Vorwand dient den Innungsbrüdern eine vom Magistrat verfügte Herabsetzung der Preise für Reparaturarbeiten, welche jene aber in jeder Beziehung selbst

verschuldet haben und der Magistrat in Folge dessen verfügen mußte. Der Geist der Ausständigen ist ein vorzüglicher; allerdings wird der Kampf jedenfalls auch ein sehr hartnäckiger werden. Dabei muß bemerkt werden, daß die Unternehmer im Stein- und Zementgewerbe durch auswärtige Konkurrenz gar nicht oder fast gar nicht bedroht sind; die Subventionen sind sogar meistens innerhalb eines Stadtkreises noch beschränkt, so daß man es geradezu als Privileg bezeichnen muß, wie trotzdem diese Unternehmer fort und fort auf die Löhne der Arbeiter drücken. Es wird dringend um Fernhaltung des Zuganges gebeten! Etwaige Unterführungen sind zu senden an G. Ortmann, Stettin, Deutschstr. 38, Seitenfl. rechts 1 Tr., oder an H. Knoll, Berlin, Emdenerstr. 42.

Der Streik der Schuhmacher in der Schuhfabrik von Riccius in Pech dauert fort. Viele der Streikenden befinden sich in sehr schlechter Lage. Den Kampf gegen die Ausständigen macht man zu einer Maß gegen die Sozialdemokraten im allgemeinen. Es ist dringend nötig, die Streikenden durch Geldmittel zu unterstützen und vor allem den Zugang fernzuhalten. Sendungen sind zu richten an Paul Pehold, Brauerstr. 33/34, Pech.

Den Buchbindern der Münchener Firma Obpacher (lithographische Kunstankalt) wurde im letzten Moment der von ihnen aufgestellte Bohntarif bewilligt, so daß der in Aussicht gestellte Streik der Arbeiter unterbleibt.

Verbandsrat. Der in der Fabrik der Firma Wilhelm Peters u. Co. in Eupen am 23. v. M. ausgebrochene Weberausstand wurde durch Vermittlung der Gewerbeinspektion zu Nachen glücklich beigelegt.

Bimmerer haben über den Plan des Zimmermeisters Koch, Wandsbeck, die Sperre verhängt und bitten um Fernhaltung des Zugangs.

Eine Lohnbewegung der Maser ist in Frankfurt a. M. im Gange. In einer am letzten Freitag stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, daß in allen Werkstätten zuvor mit den Meistern Rücksprache genommen werden sollte. Die nächste Versammlung, in der Listen aufgelegt werden sollen zur Eingekennung derjenigen, die sich am Streik eventuell beteiligen, wird endgültig über den Ausstand zu entscheiden haben.

Die Lohnbewegung der Nürnbergers Schneider ist beendet. In allen Geschäften, in welchen Arbeiter im Ausstand waren, ist der vorgelegte Tarif bewilligt und unterschrieben; die Gehilfen haben infolge dessen die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Die Siegelbrenner in Hoboken, Aungst, Kiel und Gemize (Belgien) haben die Arbeit niedergelegt. Der Mittelpunkt der Bewegung ist Gemize, dessen Bürgermeister Truppen von der Regierung erbat.

Der internationale Kongress für Arbeiterschutz, der im August in Zürich zusammentritt, wird jedenfalls eine ganze Woche tagen. Die Punkte der Tagesordnung sind: 1. Die Sonntagsarbeit; 2. die Arbeit der Kinder und jungen Leute; 3. die Arbeit der Frauen; 4. die Arbeit der erwachsenen Männer; 5. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes. Das Organisationskomitee besteht aus dem Ausschuss des Schweizerischen Arbeiterbundes, des Arbeitersekretariats, Mitgliedern der katholischen Verbände, des Schweizerischen Grätkervereins und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes — also eine ziemlich gemischte Gesellschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat es bekanntlich abgelehnt, an den Verhandlungen sich zu beteiligen; ein gleicher Beschluß wurde auf dem österreichischen Parteitag gefaßt.

In unserem Bericht über die Generalversammlung des deutschen Textilarbeiter-Verbandes sei noch folgendes nachgetragen: Beschlungen wurde, in allen Provinzen Agitationskomitees zu wählen und diesen von den Lokaleinnahmen 5 pCt. zu überweisen. Die Generalversammlung einigte sich dahin, den internationalen Kongress der Textilarbeiter zu Manchester, sowie den Kongress der Bekleidungsindustrie nicht zu beschicken.

Groben Unfug soll der Strumpfwirker Sneydel in Heuleroda begangen haben durch eine Todesanzeige seiner Frau in einem dortigen Blatte.

In derselben hies es u. a., daß eine Frau „ruhig und ohne Begehre nach himmlisch ertümmelt Seligkeit“ verschieden sei, ferner „der sich selbst tröstende Gatte“, Hierin erblickte die Staatsanwaltschaft groben Unfug und vom Schöffengericht wurde Sneydel zu 10 M. der mitangeklagte Buchdruckereibesitzer Oberreuter zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Der Rechtsanwalt hatte gegen 10 M. Geldstrafe beantragt. — Nur gut, daß der famose Unfugspatragrad erstickt; mit diesem ist es den Gerichten doch möglich, alle Vergehen, die durch die engen Maschen der Gesetzgebung durchzuschlüpfen vermögen, zu fassen.

Auslandsstatistik. Einem ministeriellen Bericht zufolge betrug die Zahl der Streiks in England im vergangenen Jahre 638 und über 600 000 Personen waren daran beteiligt; ferner bekannt, stiegen die Arbeiter in 229 Fällen für 400 000 Personen, während sie in 110 Fällen mit 140 000 Personen nur einen teilweisen Erfolg hatten, in 186 Fällen jedoch mit 70 000 Personen gänzlich unterlagen.

Als Konkurrent der Gastwirthe tritt der bayerische Staat in München auf, indem das Kgl. Hofbräuhaus in verschiedenen Stadtteilen Auskanklokale errichtet. Auf eine Eingabe der Gastwirthe hin soll sich die Direktion des Hofbräuhauses bereit erklärt haben, von der Eröffnung weiterer Lokale Abstand zu nehmen. Wie dem nun auch sei, ob die kleinen Gastwirthe von den großen staatlichen, städtischen oder privaten Unternehmungen verschlungen werden, dürfte ihnen beinahe gleichgültig sein, wenn auf der andern Seite es auch zugegeben werden muß, daß Jeder das Recht und die Pflicht hat, an seine Existenz sich zu klammern und für sie einzutreten. Niemandem von den Kleinmeistern und Kleingewerbetreibenden kann und darf zugemutet werden, daß er sich kampflös seinem Schicksal ergebe, aber das Endresultat wird schließlich doch das Gleiche sein: der Untergang der Kleinen. Daß hierbei gerade der Staat viel dazu beiträgt, wird durch obiges Beispiel nur aufs Neue bestätigt.

Wegen eines Vergehens der Nötigung wurde der Vergewaltiger Cullmann vom Landgericht zu Zweibrücken nach § 114 des R.-Str.-G. unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. An der Schule zu Frankenthal, welche 60 katholische und 4 protestantische Schulkinder zählt, sollte ein zweiter Lehrer angestellt werden und Herr Cullmann hatte die Wahl eines Protestanten beim Gemeinderath durch die Drohung zu erzwingen versucht, daß er andernfalls 50 katholische Vergewaltiger entlassen werde. Worin mögen wohl die mildernden Umstände hier bestanden haben?

Der städtische Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. dürfte nunmehr bald greifbare Gestalt annehmen. Die Unternehmer hatten sich gegen die geplante Art der Wahl der Weisiger ausgesprochen und gemeint, die vorgeschlagene Wahlart sei weiter nichts, als ein „unzulässiges Entgegenkommen“ gegenüber der sozialdemokratischen Partei. Dagegen verwahrt sich der sozialpolitische Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung in seinem Bericht und betont, daß es ganz natürlich sei, daß die Arbeiter zu wählen, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sind, mehr Vertrauen haben, als zu solchen, bei denen sie nicht mitwirken können. Im Bericht wird weiter beantragt, dem § 2 folgende Fassung zu geben: „Die Arbeitsvermittlungsstelle wird unter Aufsicht des Magistrats von einer Kommission geleitet, die aus einem vom Magistrat ernannten Vorsitzenden und aus acht von demselben zugezogenen Weisigern besteht. Die acht Weisiger und ihre vier Stellvertreter sollen zur Hälfte aus Arbeitgeber- und zur Hälfte aus Arbeiterkreisen genommen werden; die ersteren werden durch Wahl seitens der Arbeitgeber des Gewerbegerichts, die letzteren seitens der Arbeitnehmer des Gewerbegerichts bestimmt.“ — Im Gegensatz zu dem Projekt des Herrn Dr. Freund-Berlin, der den städtischen Arbeitsnachweis „vollkommen unparteiisch“ geführt wissen wollte, so daß bei Streiks derselbe ruhig weiter zu funktionieren gehabt hätte, hat im Frankfurter Programm folgende Bestimmung Platz gefunden: Bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen stellt die städtische Arbeitsvermittlungsstelle ihre Thätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein.“ Hier soll zugefügt werden: Die Kommission trifft die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall vorliegt.“ Gegenüber den Angriffen bemerkt der Bericht, die Erfahrung werde zeigen, daß die Arbeitsvermittlungsstelle nur dadurch unparteiisch, ja lebensfähig bleiben könne, wenn sie bei Streiks und Sperrungen ihre Thätigkeit für die Beteiligten einstellt. Die ganze Sache sei nur lebensfähig, wenn sie vom Vertrauen aller Theile getragen werde.]

Der englische Achtstundentag und die französische Bourgeois-Prese. Man schreibt uns aus Paris unterm 2. April: Das den Lesern des „Vorwärts“ bekannte Experiment, das die Firma Mather und Platt mit dem in ihren Establishments eingeführten Achtstundentag machte, hat in der französischen Bourgeois-Prese nicht geringen Staub aufgewirbelt. Das „Journal des Debats“ hat einen ausführlichen Auszug aus den diesbezüglichen von den „Times“ veröffentlichten Mather'schen Bericht gebracht, der „Matin“ Sozialisten und Deconomisten interviuen lassen, um deren Meinung über das geprüfte Experiment zu hören, und nun treten alle Blätter, die mit dem Achtstundentagserzielten günstigen Resultate hervorheben, für den „freien Vertrag“ ein. Für sie ist das ganze Experiment eine nicht anzusehende Beweisführung gegen die Fabrikgesetzgebung. Das England bereits seit Beginn unseres zur Neige gehenden Jahrhunderts eine Fabrikgesetzgebung kennt, daß es bereits 1847, d. i. vor nahezu einem halben Jahrhundert ein Achtstundentagesgesetz erließ und seit dieser Zeit die Arbeitsgesetzgebung immer mehr anbaute, ohne sich darum vom Weltmarkt verdrängt zu sehen, das alles sieht sie nicht an, eine gesetzliche Einmischung in den „freien Vertrag“ als eine Gefahr für die Nationalindustrie und jede gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit als „eine der Freiheit gegebene Prämie“ zu bezeichnen, wie dies beispielsweise Herr Magnard in der heutigen Nummer seines „Figaro“ gelegentlich der Besprechung des Mather'schen Experiments gethan. Und wenn alle diese Blätter wenigstens für eine freie Gewerkschaftsbewegung eintreten. Aber nein; wie gegen die „Tyrannei der Fabrikgesetze“ lehnen sie sich auch gegen die „Tyrannei der Gewerkschaften“ auf, ohne aber darum gegen gesetzliche Maßnahmen zu sein. Nur wollen sie sie, im Gegensatz zu England, einzig und allein gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet wissen. Insofern die volle Freiheit der Ausbeutung gesichert ist, haben diese edlen Seelen dann auch nichts gegen den Achtstundentag einzuwenden. Unter solchen Umständen, d. h. wenn man der Ausbeutungswuth der Unternehmer, die sich gegenwärtig dagegen auflehnen, daß sie Kinder nicht länger als zehn Stunden täglich ausbeuten dürfen und es auch durchsetzen werden, sie elf Stunden ausbeuten zu können, gar keine Grenze stellen würde, würden diese Menschenfreunde sogar ein noch viel weicherer Herz als die Herren Mather und Platt zeigen. Die Ueberbürdung,“ sagt der gute Molinari — Direktor des „Journal des Economistes“, in seinem Interview mit dem „Matin“, die Ueberbürdung ist immer unheilvoll. Wir, deren Arbeit eine ganz geistige ist, wir können uns von dieser Wahrheit vollkommen Rechenschaft geben. Wenn wir zu viel erzeugen wollen, thun wir nie etwas Gutes. Ich glaube denn auch, daß in der Fabrikindustrie, wo die so vollkommenen Maschinen weniger eine physische Anstrengung, als eine fortwährende Aufmerksamkeit erfordern, die Arbeiter mehr als sonstwo nötig haben, ihre Kräfte zu sparen. Nehmen wir beispielsweise eine Baumwollspinnerei. Der Arbeiter hat nur den Gang seiner Maschine zu überwachen. Aber wenn er, ermüdet von dieser fortlaufenden Kontrolle die Aufmerksamkeit verliert, reißen die Fäden, er hat sie wieder zu knüpfen und verliert so unnötige Zeit. Es ist daher natürlich, daß die Fabrikanten, indem sie ihren Arbeitern eine größere Ruhezeit geben, von ihnen eine schnellere und vollkommene Arbeit erhalten.“ Dies hindert aber Herrn Molinari nicht damit zu schließen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit das Resultat „eines gemeinsamen Uebereinkommens zwischen Unternehmern und Arbeitern“ sein müsse. Nun glücklicherweise fragen die Arbeiter nicht danach, wie sich Bourgeoisblätter und Bourgeoisdeconomisten zur Frage der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung stellen, wie ihnen das Jules Guesde bei Zusammentritt der Kammer durch einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages klar demonstrieren wird.

Einigungsämter in England. Der Handelsminister Mundella hat im englischen Parlament eine Vorlage über die gesetzliche Einmischung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern eingebracht. Dem Handelsamt soll nach dieser eine gewisse Befugnis eingeräumt werden, Schiedssprüche zu veranlassen. Richtig soll das Handelsamt die Parteien auffordern dürfen, sich zu einer friedlichen Lösung der Streitigkeiten unter dem Vorbehalt eines gemeinsam erwählten Obmanns zu vereinigen; in diesem Sinne schritt, auch ohne daß ein Gesetz bestanden hätte, die Regierung im vorigen Jahre aus Anlaß des Bergarbeiter-Ausstandes ein. Eine weitere Bestimmung geht dahin, daß dieses Handelsamt für einen bestimmten Kreis und für einen bestimmten Streikfall einen Vermittler, oder ein Einigungsamt einsehen kann, wenn die Umstände ihm dazu geeignet scheinen; nähere Bestimmungen regeln im Anschluß daran die Ernennung eines Schiedsrichters von Amts wegen. Praktisch wird der Entwurf hingestellt als ein solcher, der nach Möglichkeit Einigungsämter entstehen läßt und, um ihre Wirksamkeit durch bewährte Vorschriften und Verfahren zu erhöhen, ferner von Zeit zu Zeit Entscheidungen von allgemeinem Interesse veröffentlicht, um dadurch die öffentliche Meinung für die Einigungsämter zu gewinnen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 3. d. M. bei Paul. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vorerwähnten Genossen Albert Meyer, zu dessen Andenken sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Zu einem Vortrage über: „Zeichen der Zeit“ nahm hierauf Genosse Georg Ledebour das Wort. Wie bei allen untergehenden Epochen, so bemerkt der Redner einleitend, ist auch gegenwärtig das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit das bevorstehende Moment. Das „fin de siècle“ zeigt sich auch dadurch, daß gewisse Schichten der Bevölkerung, es als große Reformen ausposaunen, wenn sie in Bezug auf die Kleidung und Ernährung u. s. w. sich von der großen Masse absondern. Die ungeheuerlichsten Vorschläge zur Rettung der bedrängten Menschheit werden ausgedrückt und in dicklichen Händen oder in Broschürenform auf den Büchermarkt geworfen. Die wachsende Erkenntnis von der Verfälschung der heutigen Gesellschaftsordnung führte dazu, daß auch von Vereinen und Verbänden Regente gegen die sozialdemokratische Gefahr in Anwendung gebracht werden, die zu absurd sind, als daß durch sie irgend welcher Erfolg erzielt werden könnte. Der Redner geht des näheren auf die besonders in Sachsen zu Tage tretenden Verordnungen ein und fährt dann fort: Durch die „Volk“ hat man versucht, Führer auszustrecken, ob und in welcher Weise sich ein solches Kartell, nicht nur auf nationalem, sondern auch auf internationalem Boden einrichten ließe. Man kommt darauf

hinaus, die Bildung einer neuen Allianz, einer sogenannten heiligen, gegen den Umsturz zu beschwören. Das spricht deutlich genug, zu welchem Grade der Verfälschung und sinnlosen Angst vor dem kommenden Schreckgespenst des Sozialismus die maßgebenden Kreise bereits gelangt sind. Wenn sich diese Wünsche, welche gewissermaßen in der Luft liegen, auch noch nicht zu bestimmten Vorschlägen verdichtet haben, so sei es doch zweckmäßig unsere Stellung diesen Eventualitäten gegenüber zu erörtern. Die Organisationen muß unsere Genossen derart schulen, daß, falls ein neues, verschärftes Sozialistengesetz kommt, wir allen Stärken Trost bieten können. Mag die Angst und die Verfaßtheit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft auch zu brutalen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie Veranlassung geben, mag der Eier sich in seiner blinden Wuth auf das rothe Tuch fügen: die Träger der rothen Fahne werden schon mit ihm fertig werden. (Beifall.)

Die Diskussion war unerheblich. — Genosse Stabernack rügte es, daß ein Mitglied des Wahlvereins auf Grund seines Mitgliedsbuches die Genossen um Unterstüzung angehe. Die Unterstüzung dieser Angelegenheit wurde nach kurzer Debatte dem Vorhand übertragen. — Mit warmen Worten trat der Genosse Hermann für die Arbeiter-Bildungsschule ein, deren ideelle und materielle Unterstüzung sich die Parteigenossen anlegen sein lassen sollten. Ein Antrag, von Seiten des Wahlvereins der Arbeiter-Bildungsschule einen bestimmten Betrag zu überweisen, wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen zurückgezogen. Erheitert wirkte es auf die Versammlung ein, als unter „Verschiedenem“ ein antisemitisches Flugblatt, was als Antwort auf das „Vorwärts“-Flugblatt anzusehen ist, verlesen wurde. Die „deutschen Männer und Frauen“ werden darin fast kniefällig gebeten, doch bloß endlich einzusehen, daß in allen Institutionen, von den Ministerien an bis zur Redaktion des „Vorwärts“, die Juden die Herrschaft besitzen und daß die „zweifelhaften Fortschritte der Kultur fürchterlich ernst“ genommen werden müssen und deshalb ungeduldet jeder — 12 Pf. pro Monat in die Kasse der ergebenst unterzeichneten „Partei“ zu zahlen hat, dann ist er sofort gerettet, dann wacht der Ahtward über ihm als schützender Engel. — —

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 3. d. M. im Feldschlösschen (Müllerstraße). Nachdem die gut besuchte Versammlung in üblicher Weise das Andenken an das verstorbene Vereinsmitglied Meyer gelehrt hatte, hörte dieselbe einen Vortrag des Genossen Pfanck über „Die Formen der Ausbeutung“. In vorzüglicher Weise, wiederholt von lebhaftester Zustimmung unterbrochen, veranschaulichte der Redner die privatkapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft, welche bereits einen Zustand herbeigeführt hat, daß dieselbe selbst liberalen Rationalökonomien schwere Bedenken für die Zukunft habe aufstiegen lassen. Dem Arbeiterelend stellte er die Extravaganzen der bestehenden Klassen gegenüber, die heutigen widerwärtigen Zustände dadurch noch offenkundiger vor Augen fuhren. Redner kam zu dem Schlusse, daß eine höhere vollkommene Rechtsordnung Platz greifen müsse und daß dieser Rechtszustand der sozialistische sein werde. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifalle entgegengenommen. Zum Anschlusse hieran theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand leider in die Nothwendigkeit verseht war, drei Mitglieder aus dem Wahlvereine auszuschließen und zwar den Töpfer Billing, ferner den Barbier Fischer, Reinholdenstraße 18b, welcher Privatdetektiv sei, und einen Herrn Kaiser, welcher sich verschiedene Vergehen gegen Vereinsinteressen habe zu Schulden kommen lassen. Unter „Verschiedenem“ kritisierte Gutmann ein Lehrbuch der kaufmännischen Fortbildungsschule in der Friedrichstraße, in welchem die Sozialdemokratie in abernster Weise heruntergewürdigt und zum brutalen Kampfe gegen dieselbe ermuntert wird. Klage wurde ferner darüber geführt, daß der „Vorwärts“ ein Inserat von dem Lokale Artushof in der Perlebergerstraße aufgenommen habe, obgleich dasselbe auf der Lokalliste als gesperrt verzeichnet ist. Wegen (Kontrolleur der Arbeiter-Sanitätskommission) machte verschiedene Mittheilungen aus seiner Praxis und richtete an alle Genossen die Mahnung, die Arbeiter-Sanitätskommission kräftig zu unterstützen und derselben von allen sanitären Missethänden Mittheilungen zu machen. Den Genossen wurde noch ans Herz gelegt, die Arbeiter-Bildungsschule und den Verein der Straßen- und Lokalbändler zu unterstützen und für die Verbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen.

Die Redner und Köche hatten am 3. April eine öffentliche Versammlung, in welcher die Genossen Bösch und Meyer über die Verhandlungen des Kongresses der Galwirthschaftsvereine referirten. An der Diskussion beteiligten sich 6 Redner, zum Theil im zustimmenden Sinne zu den gefaßten Beschlüssen. Nur gegen Bestätigung der Kandidatensliste sprachen sich 2 Kollegen, darunter ein Hotelbdiener, aus. Die Versammlung stimmte dann einmüthig in einer Resolution den Beschlüssen des Kongresses zu und erklärte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Beschlüsse durchgeführt werden. Hilgert tabelte, daß der „Vorwärts“ den Bericht des Kongresses erst nach acht Tagen gebracht hat und beantragt eine Resolution, die ihr Mißfallen darüber ausdrückt, Bösch ersuchte die Versammlung, die Resolution abzulehnen. Nachdem das von dem Vorredner erwähnte „Intelligenzblatt“ hinter einigen, verhältnismäßig wenigen Versammlungen so her ist, daß sie doch für Jeden erklärlich, der die Zeitungen in der letzten Zeit aufmerksam verfolgt habe. Nachdem verschiedene Kollegen zwar das Verhalten des „Vorwärts“ in diesem Falle gemißbilligt, aber gegen Annahme der Resolution gesprochen hatten, wurde die Resolution gegen zwei Stimmen abgelehnt, desgleichen ein gegen Bösch wegen dieser Angelegenheit beantragtes Mißtrauensvotum. Sodann wählte die Versammlung die Kollegen Albrecht und Max Müller zu Revisoren der Kassenführung des Vertrauensmannes, ferner als Agitationskommission für Deutschland die Kollegen Hoppe, Mörschel, Polter, Stähler und Richard Müller.

In Rixdorf tagte am 1. April eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in welcher Genosse Th. v. Wächter über das Thema: „Warum können und müssen Arbeiter und Christen zusammengehen in wirtschaftlichen und politischen Freiheitskampf der Gegenwart?“ referirte. Redner gab, bevor er zur Beantwortung der im Vortragsthema gestellten Frage schritt, eine eingehende, recht anschauliche Darstellung der Marx'schen Theorien, soweit dieselben das wirtschaftliche und politische Vertrieben unter der Herrschaft des modernen Kapitalismus betreffen. Die Lohnarbeiter müßten, so folgerte er aus dem Vorgetragenen, sich zusammenschließen zu einer einzigen großen Masse, bestrebt, die Macht der Geldherrschaft zu brechen und diese selbst zu beseitigen durch Schaffung einer sozialistischen, auf Gemeinbesitz an den Arbeitsmitteln basirten Gesellschaft. Dem bereits in weiteren Arbeiterkreisen sich geltend machenden Streben nach diesem Ziel würde, führt Redner dann aus, ein großer Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden, wenn der Streit der Arbeiter unter sich wegen der Weltanschauung, der Streit zwischen Arbeitern und Christen, nicht in den wirtschaftspolitischen Kampf hineingetragen würde. Die Beständen aller Weltanschauungen hielten zusammen, um in gemeinsamen politischen Parteien und gemeinsamen wirtschaftlichen Vereinigungen die Lohnarbeiterklasse zu beherrschen. Die Macht der verbündeten Geldmänner jeder Weltanschauung lasse sich nur überwinden durch die verbündete Arbeiterschaft jeder Weltanschauung, natürlich nur jeder solchen Weltanschauung, die sich mit dem Freiheitskampf als vereinbar erweist. Letzteres sei aber beim wahren Christenthum der Fall. Redner sucht dies zu beweisen, unter anderem bemerkend: Wer seinen Nächsten lieben soll wie einen Bruder, müsse den Kapitalisten als Herrn bekämpfen, um ihn in der sozialistischen Gesellschaft — zu seinem Bruder

Verksammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 3. d. M. bei Paul. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vorerwähnten Genossen Albert Meyer, zu dessen Andenken sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Zu einem Vortrage über: „Zeichen der Zeit“ nahm hierauf Genosse Georg Ledebour das Wort. Wie bei allen untergehenden Epochen, so bemerkt der Redner einleitend, ist auch gegenwärtig das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit das bevorstehende Moment. Das „fin de siècle“ zeigt sich auch dadurch, daß gewisse Schichten der Bevölkerung, es als große Reformen ausposaunen, wenn sie in Bezug auf die Kleidung und Ernährung u. s. w. sich von der großen Masse absondern. Die ungeheuerlichsten Vorschläge zur Rettung der bedrängten Menschheit werden ausgedrückt und in dicklichen Händen oder in Broschürenform auf den Büchermarkt geworfen. Die wachsende Erkenntnis von der Verfälschung der heutigen Gesellschaftsordnung führte dazu, daß auch von Vereinen und Verbänden Regente gegen die sozialdemokratische Gefahr in Anwendung gebracht werden, die zu absurd sind, als daß durch sie irgend welcher Erfolg erzielt werden könnte. Der Redner geht des näheren auf die besonders in Sachsen zu Tage tretenden Verordnungen ein und fährt dann fort: Durch die „Volk“ hat man versucht, Führer auszustrecken, ob und in welcher Weise sich ein solches Kartell, nicht nur auf nationalem, sondern auch auf internationalem Boden einrichten ließe. Man kommt darauf

